



Landtag Mecklenburg-Vorpommern

109. Sitzung

7. Wahlperiode

Donnerstag, 21. Januar 2021, Schwerin, Schloss

Vorsitz: Präsidentin Birgit Hesse, Vizepräsidentin Beate Schlupp und Vizepräsidentin Dr. Mignon Schwenke

Inhalt

	Antrag der Fraktion der AfD Für einen Strategiewechsel in der Corona-Politik: Lockdown beenden, Risikogruppen schützen – Drucksache 7/5762 – 2
Änderung der Tagesordnung 2	Ministerpräsidentin Manuela Schwesig 2, 28 Dr. Ralph Weber, AfD 6, 25 Wolfgang Waldmüller, CDU 8 Peter Ritter, DIE LINKE 11 Nikolaus Kramer, AfD 14 Holger Arppe, fraktionslos 16 Thomas Krüger, SPD 16 Horst Förster, AfD 19, 26, 28 Minister Torsten Renz 23, 25, 28 Harry Glawe, CDU 29 Julian Barlen, SPD 30
Feststellung der Tagesordnung gemäß § 73 Abs. 3 GO LT 2	
Aktuelle Lage „Corona-Virus“ 2	
Regierungserklärung der Ministerpräsidentin des Landes Mecklenburg-Vorpommern 2	Beschluss 32
Antrag der Fraktion DIE LINKE Weitere Maßnahmen zur Bekämpfung der Corona-Pandemie – sicher, nachvollziehbar und verlässlich – Drucksache 7/5760 – 2	Nächste Sitzung Mittwoch, 27. Januar 2021 32
Antrag der Fraktionen der SPD und CDU Gemeinsam der Gefahr durch Mutationen und Pandemie-Müdigkeit trotzen – Drucksache 7/5761 – 2	

Beginn: 11.17 Uhr

Präsidentin Birgit Hesse: Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich begrüße Sie zur 109. Sitzung des Landtages von Mecklenburg-Vorpommern.

Meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordneten, mit Schreiben vom 18. Januar 2021 hat die Landesregierung gemäß Paragraph 72 Absatz 4 die heutige Sondersitzung zu dem Thema „Aktuelle Lage ‚Corona-Virus‘“ beantragt. Als Sitzungstermin wurde der heutige Tag vorgeschlagen. Ich habe den Ältestenrat davon in Kenntnis gesetzt und am 19. Januar 2021 das Benehmen hergestellt, am 21. Januar 2021 eine Sondersitzung des Landtages Mecklenburg-Vorpommern einzuberufen.

Ich bitte Sie um Verständnis, dass wir etwas verspätet mit dieser Sitzung beginnen konnten. Das liegt daran, dass wir – vielleicht hat das der eine oder andere gesehen oder die eine oder andere – einen Feuerwehreinsatz hatten. Man hat die entsprechenden Fahrzeuge auf der Schlossbrücke sehen können. Ich kann Sie aber beruhigen, es war ein Fehlalarm. Insofern besteht auch kein Grund zur Sorge, dass wir hier heute gefährdet sind. Der entsprechende Einsatzleiter hat uns dies dokumentiert, sodass wir heute planmäßig mit der Sitzung beginnen können. In diesem Zusammenhang gestatten Sie mir auch den Dank an die Feuerwehr hier in Schwerin. Es war beeindruckend zu sehen, wie schnell die heute hier waren und mit welcher Mannschaftsstärke.

Ich stelle fest, dass der Landtag ordnungsgemäß einberufen wurde und beschlussfähig ist. Die Sitzung ist eröffnet. Die vorläufige Tagesordnung der 109. Sitzung liegt Ihnen vor.

Zwischenzeitlich liegen Ihnen ein Antrag der Fraktion DIE LINKE auf Drucksache 7/5760, ein Antrag der Fraktionen der SPD und CDU auf Drucksache 7/5761 und ein Antrag der Fraktion der AfD auf Drucksache 7/5762 vor. Auf Vorschlag des Ältestenrates sollen diese Anträge in verbundener Aussprache mit der Regierungserklärung beraten werden. Wird der so geänderten Tagesordnung widersprochen? – Ich sehe und höre, das ist nicht der Fall. Damit ist die Tagesordnung der 109. Sitzung gemäß Paragraph 73 Absatz 3 unserer Geschäftsordnung festgestellt.

Wir kommen jetzt zu unseren zurückliegenden Geburtstagen. Ich gratuliere zu seinem kürzlich begangenen Geburtstag im Januar 2021 dem Abgeordneten Egbert Liskow ganz herzlich nachträglich zum Geburtstag!

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD, CDU, AfD und DIE LINKE –
Minister Harry Glawe: Oh!)

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt** „Aktuelle Lage ‚Corona-Virus‘“, hierzu Regierungserklärung der Ministerpräsidentin des Landes Mecklenburg-Vorpommern, in Verbindung mit Beratung des Antrages der Fraktion DIE LINKE – Weitere Maßnahmen zur Bekämpfung der Corona-Pandemie – sicher, nachvollziehbar und verlässlich, Drucksache 7/5760, sowie Beratung des Antrages der Fraktionen der SPD und CDU – Gemeinsam der Gefahr durch Mutationen und Pandemie-Müdigkeit trotzen, Drucksache 7/5761, sowie Beratung des Antrages der Fraktion der AfD – Für einen Strategiewechsel in

der Corona-Politik: Lockdown beenden, Risikogruppen schützen, Drucksache 7/5762.

Aktuelle Lage „Corona-Virus“

**Regierungserklärung der Ministerpräsidentin
des Landes Mecklenburg-Vorpommern**

**Antrag der Fraktion DIE LINKE
Weitere Maßnahmen zur
Bekämpfung der Corona-Pandemie –
sicher, nachvollziehbar und verlässlich
– Drucksache 7/5760 –**

**Antrag der Fraktionen der SPD und CDU
Gemeinsam der Gefahr durch Mutationen
und Pandemie-Müdigkeit trotzen
– Drucksache 7/5761 –**

**Antrag der Fraktion der AfD
Für einen Strategiewechsel in der
Corona-Politik: Lockdown beenden,
Risikogruppen schützen
– Drucksache 7/5762 –**

Im Ältestenrat ist vereinbart worden, diese Anträge in verbundener Aussprache mit der Regierungserklärung zu beraten. Ich sehe und höre keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen.

Das Wort hat zunächst die Ministerpräsidentin des Landes Mecklenburg-Vorpommern Frau Manuela Schwesig.

Ministerpräsidentin Manuela Schwesig: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Liebe Zuschauerinnen und Zuschauer! Corona hat unser Land weiter im Griff und wir haben es vor allem mit einer neuen Corona-Lage zu tun. Wir haben ein mutiertes Virus, mutierte Corona-Varianten, die sich bereits auf dem europäischen Kontinent ausbreiten, auch schon in Deutschland festgestellt wurden und noch mal gefährlicher sind in der Höhe ihrer Ansteckungskraft als das bisherige Corona-Virus. Und das ist auch der Grund, warum die Ministerpräsidentinnen und -präsidenten mit der Bundeskanzlerin ihre Beratungen vorgezogen haben und sich frühzeitig damit auseinandergesetzt haben, einmal in der Runde mit Wissenschaftlern und Experten, was bedeutet diese Mutation für Deutschland und damit natürlich auch für unser Land Mecklenburg-Vorpommern und wie können wir uns darauf gut vorbereiten.

Diese Sitzung hat stattgefunden, und deshalb habe ich darum gebeten, dass wir hier in einer Sondersitzung über die Vorschläge der Ministerpräsidenten und der Bundeskanzlerin beraten, debattieren, bevor wir dann am Freitag entsprechende Maßnahmen in unserer Landesverordnung umsetzen. Und für Ihre Bereitschaft, zu dieser Sondersitzung zusammenzukommen, möchte ich mich ganz herzlich bedanken. Ich glaube, es ist mittlerweile in unserem Land eine gute Regel, dass, bevor die Landesregierung mit den Experten im MV-Gipfel und den Landräten und Oberbürgermeistern die Corona-Verordnung des Landes berät und dann auch beschließt, hier im Landtag über die Maßnahmen debattiert wird und mit entsprechenden Beschlüssen eben auf die Corona-Verordnung Einfluss genommen wird. Vielen Dank dafür!

Wir haben eine neue Lage. Man muss sich das so vorstellen wie fast vor einem Jahr, dass eine neue Pande-

mie ausbricht, denn die Mutationen des Corona-Virus bedeuten, dass das Corona-Virus viel ansteckender ist, viel schneller. Und wir wissen ja schon nach fast einem einjährigen Crashkurs in Corona gemeinsam, dass das ja eigentlich die Tücke des Corona-Virus überhaupt ist: Wir können dieses Virus nicht sehen, es ist gefährlich, es kann zu schweren Erkrankungen und zu vielen Todesfällen und zu einer Überlastung des Gesundheitssystems führen. Und weil wir dieses Virus nicht sehen können, uns damit aber leicht anstecken können, wenn wir uns zu nahe kommen, wenn wir keinen Mundschutz tragen, wenn wir Hygieneregeln nicht einhalten, haben wir entsprechende Schutzmaßnahmen, die die Kontakte reduzieren, das Maskentragen zum Beispiel, auch eingeführt.

Und jetzt ist unser Problem, dass diese Mutationen zeigen, dass sie viel, viel höher ansteckbar sind als das bisherige Virus. Das heißt, im Schnitt steckt jetzt eine infizierte Person eine weitere an, und mit der mutierten Variante ist es möglich, eben sofort zwei anzustecken. Das mag immer im Verhältnis 1 : 1, 1 : 2 irgendwie erst mal nicht schwierig klingen, führt aber dazu – und das sehen wir in Großbritannien –, dass sich die Virusvariante B.1.1.7 viel schneller ausbreitet und die Zahl der Infektionen steigt, die Zahl der schwer Erkrankten, die Zahl der Todesfälle, und natürlich das Gesundheitssystem überlastet ist. Das sehen wir in Großbritannien, und die Wissenschaftler haben uns noch mal vor Augen geführt, dass das Problem auch in Großbritannien war, dass eigentlich gerade die Infektionszahlen runtergingen durch Maßnahmen, die die Briten dort eingeführt haben, durch Schutzmaßnahmen ähnlich wie bei uns, und man auf einem ganz guten Weg war, die Infektionszahlen gingen runter, und sich in dieser Zeit diese Mutation im Grunde unbeobachtet ausgebreitet hat.

Und deshalb haben wir als Allererstes gemeinsam beschlossen, dass wir mehr wissen müssen durch Sequenzierung in Deutschland, wo und wie hat sich die Mutation schon ausgebreitet. Und deswegen wird Deutschland viel stärker diese Sequenzierung machen. Was bedeutet das übersetzt? Das ist eine molekularbiologische Untersuchung des Virus, gibt es die Mutation oder nicht. Diese Untersuchung wird in Deutschland zurzeit wenig gemacht und das wollen wir sozusagen verbreitern, viel stärker machen, auch bei uns im Land. Dazu hat der Bund und dazu haben wir auch aus dem MV-Schutzfonds bereits Geld zur Verfügung gestellt, damit das in unseren Laboren gemacht wird.

Was bedeutet das für Deutschland und Mecklenburg-Vorpommern? Wenn wir uns die Situation in Deutschland anschauen, dann haben wir immer noch eine zu hohe Infektionszahl. Die gute Nachricht ist aber, die Schutzmaßnahmen, die wir hier gemeinsam beschlossen haben, wirken. Deutschlandweit ist die Inzidenz in den vergangenen sieben Tagen von 151 auf 119 gesunken. Das ist wirklich eine gute Nachricht, die Schutzmaßnahmen wirken und die Zahlen gehen runter. Das spüren wir auch auf den Intensivstationen. Hier ist die Zahl auch der intensivmedizinischen Betreuung zurückgegangen, aber natürlich immer noch sehr hoch. Und wir dürfen nicht vergessen, das Personal, was wir dort brauchen, infiziert sich eben auch und steht dadurch teilweise nicht zur Verfügung.

Bei uns in Mecklenburg-Vorpommern haben wir die besondere Situation, Ostdeutschland ist insgesamt von der

zweiten Corona-Welle viel stärker betroffen als von der ersten, insbesondere unsere anderen ostdeutschen Bundesländer Sachsen, Thüringen, Sachsen-Anhalt, Brandenburg. Wir halten uns da als einziges ostdeutsches Bundesland immer noch gut, aber die Zahlen bei uns sind viel stärker als in der ersten Welle. Und diejenigen, die vor einigen Wochen belächelt haben, dass ich genau das vorhergesagt habe, dass diese Welle, die längst Sachsen erreicht hat, auch über Thüringen, Sachsen-Anhalt, Brandenburg uns erreichen wird, sehen heute, dass genau das passiert ist. Deswegen sind die Landkreise Mecklenburgische Seenplatte, Ludwigslust-Parchim an der Landesgrenze zu Brandenburg mit ihren Hochrisikogebieten besonders betroffen, deswegen ist der Landkreis Vorpommern-Greifswald an der Grenze zu Polen, die auch sehr hohe Zahlen haben, besonders betroffen, und es drückt eben nach Mecklenburg-Vorpommern rein. Und deshalb bin ich auch sehr froh, dass wir hier gemeinsam immer unsere besonderen Reiseregeln durchgeführt haben und auch kontrollieren. Da möchte ich auch unserem neuen Innenminister danken, dass diese Kontrollen stattfinden und ja auch ihre Wirkung zeigen.

Gleichzeitig ist aber die Zahl immer noch sehr hoch. Wir haben jetzt eine Inzidenz von 113. Auch die ist zurückgegangen, aber drei Landkreise haben eine Inzidenz von mehr als 150, und das ist natürlich viel zu hoch. Und wir dürfen nicht vergessen, unsere Landkreise sind nicht klein. Mecklenburgische Seenplatte ist zweimal so groß wie das Saarland und auch die anderen Landkreise sind sehr groß, und deswegen müssen wir diese Zahlen sehr ernst nehmen.

Deswegen meine klare Botschaft: Wir sind schon mit der bisherigen Situation noch lange nicht über den Berg. Wir müssen eine Inzidenz von 50 anstreben und sind immer noch bei 113. Die gute Nachricht ist, auch bei uns wirken diese Schutzmaßnahmen. Und jetzt kommt eben diese unsichtbare Bedrohung der zusätzlichen Mutationen dazu, die wir nicht unterschätzen dürfen. Und deswegen haben wir auch beraten, dass wir nicht nur stärker sequenzieren, um zu wissen, wo und wie hat sich die Mutation ausgebreitet, sondern weitere Schutzmaßnahmen ergreifen.

Bevor ich zu diesen Schutzmaßnahmen komme, möchte ich ganz deutlich sagen: Das, was am meisten hilft, sind die Impfungen. Wir haben ja immer auf die Langzeitstrategie gesetzt, jedenfalls hier auch die Fraktionen von SPD, CDU und LINKE, gemeinsam mit der Landesregierung, zu sagen, wir lassen es nicht laufen, wir gehen nicht den schwedischen Weg, sondern wir ergreifen Schutzmaßnahmen, bis wir einen Impfstoff haben. Und dass es nicht nur einen Impfstoff mittlerweile gibt, sondern neben dem Impfstoff von BioNTech auch den von Moderna, der zugelassen ist, das ist eine gute Nachricht. Und bei allen Maßnahmen, die wir hoch und runter diskutieren, meine tiefe Überzeugung ist: Der sicherste Weg aus dieser Pandemie und der beste Schutz ist impfen, impfen, impfen.

(Thomas de Jesus Fernandes, AfD:
Ohne Impfstoff?)

Und ich bin sehr froh, dass die Impfbereitschaft in unserem Land sehr hoch ist und dass die große Mehrzahl eben nicht den Impfskeptikern und denjenigen, die da schon wieder auch falsche Sachen verbreiten, glauben,

sondern darauf vertrauen, dass wir mit dem Impfen aus dieser Pandemie kommen. Und ich möchte mich ganz herzlich bedanken bei den Fraktionen von SPD, CDU und Linkspartei, dass sie diesen Kurs, dass wir auf diesen Impfstoff setzen und parallel Schutzmaßnahmen ergreifen, mittragen von Anfang an. Es war keine leichte Diskussion, weil es sich viel leichter anhört zu sagen, lässt es doch laufen, ist doch alles gar nicht so schlimm. Das war die schwere Diskussion, den Menschen etwas zuzumuten. Wir muten den Menschen viel zu. Aber es ist der sichere Weg und verhindert viele, viele Tote. Vielen Dank für diesen gemeinsamen Weg!

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD, CDU und DIE LINKE)

Und weil wir auf diese Strategie gesetzt haben, hat unser Land sich auf das Impfen sehr gut vorbereitet. An dieser Stelle gilt mein Dank dem Gesundheitsminister, der alten und neuen Staatssekretärin, aber vor allem den Landräten, Oberbürgermeistern, die mit ihren Impfzentren – und das sind übrigens die Gleichen, die in den Gesundheitsämtern die Infektionsnachverfolgung machen, das sind keine neuen Leute, das sind die Gleichen, die schon diese Aufgabe machen –, diese Impfzentren hervorragend aus dem Boden gestampft haben, und dass wir mit den mobilen Impfteams gut unterwegs sind.

Und Mecklenburg-Vorpommern ist das Bundesland, was bisher am meisten verimpft hat, viel mehr als der deutschlandweite Durchschnitt, und das zeigt, dass wir hier auf die richtige Strategie setzen. Und ich selber war mit unserem Gesundheitsminister im Impfzentrum Ludwigslust-Parchim und ich muss sagen, mich hat dort eine Begegnung mit einem Arzt, mich hat schon die Begegnung im Pflegeheim hier in Schwerin mit der Dame, die mit als Erstes im Pflegeheim geimpft wurde, sehr berührt, aber in Ludwigslust-Parchim, also im Landkreis, im Impfzentrum Ludwigslust war es so, da kamen jetzt die ersten über 80-Jährigen, die zu Hause wohnen. Und mich hat das total berührt. Wir haben dort, lieber Harry Glawe, mit denjenigen, die dort zum Impfen kamen, gesprochen. Die meisten waren auch ganz positiv, und ein 80-jähriger Mann, als ich ihn gefragt habe, sind Sie froh, dass Sie jetzt die Impfung kriegen, ist wirklich in Tränen ausgebrochen und war so was von erleichtert und hat mir gesagt, er ist so froh. Und das hat mir noch mal gezeigt, wie groß der Druck gerade bei den Älteren ist, weil sie wissen, wenn sie die Impfung bekommen, sind sie besser geschützt. Und wenn sie Corona ohne die Impfung bekommen, dann ist das für sie eine absolute Lebensgefahr. Das hat gezeigt, wie hoch der Druck ist und wie gut es ist, dass die Wissenschaftler diesen Impfstoff entwickelt haben. Und dass sich bei uns alle anstrengen, diese Impfung voranzubringen, dafür kann ich mich nur aus tiefstem Herzen bedanken.

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD und CDU)

Und jetzt, ja, gibt es dieses Problem, dass es nicht genügend Impfstoff gibt. Gerade jetzt am Anfang auch zum Schutz vor der Mutation wäre es wichtig, dass wir mehr Impfstoff haben. Ich bleibe bei unserer Position, dass es gut gewesen,

(Thomas de Jesus Fernandes, AfD:
Gewesen!)

dass es richtig ist, dass die Europäische Union für alle bestellt – schließlich wollen wir, dass auch in anderen Staaten geimpft wird –, dass es aber ein Fehler war, dass man so zögerlich bestellt hat. Es wäre wichtig gewesen, für alle Impfstoffkandidaten komplett für die europäische Bevölkerung zu bestellen. Ja, es ist viel Geld, aber es ist unser sicherer Weg für die Gesundheit – übrigens auch für die Wirtschaft, weil man dann wieder öffnen kann. Und ich glaube, zu viel Impfstoff ist kein Problem, dann kann man auch solidarisch sein und abgeben. Zu wenig Impfstoff, wie wir es jetzt haben, ist ein Problem.

Aber auch darauf sind wir vorbereitet. Wir haben jetzt mit der Diskussion zumindest erreicht, dass noch mal viel mehr Fahrt in diese Sache gekommen ist, dass Deutschland hilft, ein zweites Produktionswerk für den BioNTech-Impfstoff flottzumachen. Und wir hoffen sehr, dass so schnell wie möglich noch mehr Impfstoff kommt, und bitten die Bevölkerung um Geduld. An Mecklenburg-Vorpommern liegt es nicht. Wir sind vorbereitet. Wir können den Impfstoff, den wir bekommen, auch schnell für die Bevölkerung, an der Bevölkerung verimpfen.

(Thomas de Jesus Fernandes, AfD:
Weil es so wenig ist, kriegen
wir es so schnell!)

Da sind wir gut vorbereitet und darauf kann sich unsere Bevölkerung verlassen.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD)

Ein zweiter Schutz, den wir machen müssen, sind ganz klar die Masken. Ich kann mich noch gut erinnern an die Oster-Diskussion im letzten Jahr, als ich gesagt habe, wir werden nur mit Masken klarkommen, dass es einen großen Aufschrei gab. Auch da bin ich sehr froh, dass sich das längst durchgesetzt hat. Und jetzt ist klar, dass, wenn wir uns bisher mit Alltagsmasken vor dem Corona-Virus gut schützen konnten, dass, wenn jetzt das Corona-Virus, die Mutation, noch ansteckender ist, dass wir auf andere Masken umsteigen müssen. Deshalb haben wir beraten, dass wir dort, wo viele Menschen zusammenkommen, im Einzelhandel, wo noch offen ist, also im Supermarkt, wenn wir einkaufen gehen in die Kaufhalle, oder eben auch im ÖPNV, medizinische Masken tragen müssen. Und da haben wir uns entschieden, dass zukünftig diese einfache OP-Maske genutzt werden soll. Die gibt es jetzt auch gut verfügbar, auch für faire Preise. Es ist gut, dass zusätzlich, gerade an die Risikopatienten in unserem Land, die so genannten FFP2-Masken, also die weißen Masken, noch zusätzlich verteilt worden sind. Wir als Bundesland haben entschieden, die Reserve, die angelegt worden ist von 2,6 Millionen FFP2-Masken, jetzt auch an die Bevölkerung zu verteilen. Hier gibt es Vorschläge, auch im Landtag, welche Personengruppen, wo man besonderen Wert drauf legen muss, da können wir noch mal hinschauen.

An der Stelle möchte ich mich bedanken, weil ich ihn gerade sehe, bei Lorenz Caffier, der nämlich schon letztes Jahr gesagt hat, wir müssen uns auf die zweite Welle vorbereiten, wir müssen unser Lager hochfahren. Und diese 2,6 Millionen FFP2-Masken, lieber Lorenz Caffier, die wir jetzt haben, würden wir gerne verteilen. Ich bin sehr dankbar, dass der Finanzausschuss, glaube ich, schon sein Okay gegeben hat, dass wir

auch noch mal 5 Millionen bestellen. Wir haben die Bestellung schon ausgelöst, weil wir wussten, jetzt gibt es einen Run auf die FFP2-Masken, sodass wir da einfach aufrüsten.

Also noch mal: Wir können uns mit diesen besseren Masken besser schützen. Bitte überall, wo es möglich ist, mindestens diese einfache OP-Maske und da, wo man noch mehr Schutz braucht, gerade für Risikopatienten, ältere Menschen, die guten, besonderen FFP2-Masken.

Es gibt in der Wissenschaft auch bei den Experten eine Diskussion, die braucht man eigentlich nicht, die reichen wirklich, diese einfachen, aber ich finde schon gut, sich auf die Mutation vorzubereiten und auf Nummer sicher zu gehen, und deswegen würden wir auch diese Verteilaktion machen. Und ich hoffe, dass die, die die ganze Zeit gegen die Masken reden, jetzt endlich einsehen: Der beste und einfachste Schutz, auch gerade vor der hoch ansteckenden Mutation, ist eine Maske. Lieber mit der Maske durch den Winter und gesund in Frühjahr und Sommer ankommen, als jetzt sich anzustecken und schwer zu erkranken!

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD
und Dr. Wolfgang Weiß, DIE LINKE)

Gleichzeitig müssen wir alles dafür tun, dass weiter die Kontakte reduziert bleiben. Deswegen haben wir uns entschieden, dass leider der bisherige Shutdown verlängert werden muss bis zum 14. Februar. Das bedeutet, dass viele Bereiche geschlossen bleiben, gerade im wirtschaftlichen, kulturellen und Sportbereich, und dass wir auch weiter in den Schulen dafür sorgen müssen, dass nur wenige Kinder anwesend sind, und auch in den Kitas, insbesondere deshalb, weil – das ist wirklich die schlechte Nachricht an der Mutation – es nicht ausgeschlossen werden kann, dass die Mutation sich eben auch unter Kindern und Jugendlichen schneller verbreitet als das bisherige Virus, und deswegen gilt es auch für uns, bei Kita und Schule weiter vorsichtig zu sein.

Und ich habe aber immer wahrgenommen, dass auch hier im Landtag es insbesondere den Fraktionen von SPD, CDU und Linkspartei wichtig war, dass wir aber auch den Bereich der Kinder und Jugendlichen, gerade den Bildungsbereich, nicht zu sehr einschneiden. Deswegen finde ich es gut, dass wir gemeinsam die Linie entwickelt haben,

(Zuruf von Thomas de Jesus Fernandes, AfD)

die großen Kinder ab der 7. Klasse bleiben im Distanzunterricht: Wir ziehen dort nur die Abschlussklassen wieder in die Schule, damit sie sich auf die Prüfungen vorbereiten können. Und die kleineren, die Grundschul Kinder und die 5./6., dort setzen wir die Präsenzpflcht aus, damit dort, wo es möglich ist, die Kinder auch zu Hause bleiben und wir einfach die Kontakte reduzieren. Das hat auch gut funktioniert und deswegen würden wir auch gerne bei der Linie bleiben.

Das Gleiche gilt für die Kita. Dort, wo Eltern aus beruflichen Gründen, aus sozialen Gründen weiter den Kita-platz brauchen, können sie ihn auch nutzen. Aber grundsätzlich gilt: Wo immer es möglich ist, sollten die Kinder zu Hause bleiben können. Es ist aber nicht immer möglich und deswegen müssen wir auch trotzdem weiter Kita- und Schulplätze zur Verfügung stellen.

In den Landkreisen, wo wir hohe Infektionszahlen haben, wie jetzt Mecklenburgische Seenplatte, aber auch V-G, also Vorpommern-Greifswald, und Ludwigslust-Parchim mit einer Inzidenz über 150, müssen wir stärker auf den Notbetrieb gehen. Wir wollen so weit wie möglich Kita- und Schulschließungen und Notbetrieb vermeiden, aber bei hohen Infektionszahlen müssen wir das auch machen. Damit gehen wir weiter den Weg, ganz konkret lokal zu schauen, wie ist die Infektionslage. Und es gibt eben einen Unterschied zwischen Rostock, Nordwestmecklenburg oder Landkreis Rostock und eben Vorpommern-Greifswald oder Mecklenburgische Seenplatte. Ich bin weiter davon überzeugt, dass wir es unseren Kindern schuldig sind, so weit wie möglich nur die notwendigen Einschränkungen zu machen, so weit wie möglich ihnen auch Angebote zu machen. Deswegen ist es richtig, so inzidenzscharf auf die Landkreise und kreisfreien Städte zu schauen.

Und zur Diskussion in der MPK kann ich nur sagen, ich wollte nicht, dass irgendetwas geöffnet wird, aber ich wollte wenigstens, dass wir weiterhin die Möglichkeit haben, diesen Weg in Mecklenburg-Vorpommern, den wir gemeinsam entwickelt haben, zu gehen und nicht gezwungen werden, überall die Kitas und Schulen zu schließen und auf Notbetrieb umzustellen, sondern wirklich weiter zu versuchen, diese Gratwanderung zu gehen.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD)

Wir könnten es uns viel leichter machen. Wir könnten sagen, okay, das Virus ist gefährlich, alles muss dichtgemacht werden und nur noch absolute Notbetreuung. Aber wir wollten auch aus dem Frühjahr lernen, und deswegen haben wir Türen offen in den Pflegeheimen und deswegen haben wir Türen offen in Kitas und Schulen. Ich bin sehr dankbar, dass wir weiter den Weg gehen.

Ich kann nur an dieser Stelle sagen, es war, das haben Sie gelesen, eine sehr, sehr schwierige Diskussion. Und ich bin schon der Meinung, wir müssen mehr schauen, haben wir nicht noch andere Bereiche, wo wir Kontakte reduzieren können. Es können nicht allein die Kinder und Jugendlichen sein, die für Kontaktreduzierungen verantwortlich sind. Es gilt vor allem, bei den Erwachsenen hinzuschauen, wo können wir in unserer Arbeitswelt, wo können wir in unserem persönlichen Verhalten Kontakte reduzieren und möglichst Infektionen vermeiden. Wir müssen auch darauf achten, dass der Schaden für unsere Kinder und Jugendlichen nicht so stark ist. Und deshalb vielen Dank auch hier an die Landtagsfraktionen für diesen gemeinsamen Weg! Es war auch für die Diskussion mit dem Bund wichtig zu wissen, dass es hier eine große Geschlossenheit gibt. Und wir werden diesen Weg zum Schutz unserer Kinder und Jugendlichen weitergehen.

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD und CDU)

Ich will einen letzten Punkt ansprechen. Ich kann mich ja nur wundern, dass öffentlich immer gesagt wird, dieser Weg ist halbherzig, es müsste eigentlich alles komplett runtergefahren werden. Natürlich kann man sagen, wenn ich nur auf das Virus achte, dann mache ich alles komplett dicht, Kita, Schule, Pflegeheime, Sozialeinrichtungen und auch die komplette Wirtschaft. Aber unser Kurs war immer zu sagen, wir machen das, was nötig ist, um

die Gesundheit zu schützen – und das sind schon eine ganze Menge Einschränkungen –, und gleichzeitig schauen wir, wie auch Wirtschaft und Arbeitsplätze und das soziale Zusammenleben noch irgendwie funktionieren.

Deswegen bin ich sehr froh, dass wir uns nicht entschieden haben, noch den Bereich der Wirtschaft, der noch offen ist, wie zum Beispiel die Produktion, herunterzufahren, sondern zu sagen, hier soll es weiter möglich sein, Wirtschaftsleben, Arbeitsplätze zu sichern, aber eben noch mal schauen, wie wir stärker auch hier Kontakte vermeiden können durch stärkeres Homeoffice wie im Frühjahr letzten Jahres und auch durch medizinische Masken dort, wo man arbeitet und eben nicht Abstand halten kann.

Wichtig ist gleichzeitig, dass die Bereiche, die über Wochen jetzt geschlossen sind, ihre Wirtschaftshilfen bekommen. Da sind wir nicht ganz zufrieden, wie schnell die Wirtschaftshilfen ausgezahlt werden, und haben uns gemeinsam, Harry Glawe und ich, dafür eingesetzt, dass das schneller geht. Ich sage ganz deutlich, es reicht nicht, das Tempo des Bundes für die Wirtschaftshilfen reicht uns nicht und wir werden jetzt prüfen – da möchte ich mich bei Finanzminister und Wirtschaftsminister bedanken –, wie wir vielleicht als Land in Vorkasse gehen können, damit diejenigen, die einen hohen Preis zahlen, indem sie ihre Geschäfte schließen, indem sie ihre Unternehmen dicht haben, dass die auch schneller diese Wirtschaftshilfen bekommen.

Gleichzeitig haben wir bereits mit unseren Unternehmerverbänden und den Gewerkschaften beraten, wie wir zusätzliche Hilfsmaßnahmen machen können, zum Beispiel mit der Marktpräsenzprämie, mit der verbesserten Neustartprämie, beim Kurzarbeitergeld. Es ist einfach wichtig, dass wir weiterhin alles dafür tun, dass die Wirtschaft und die Arbeitsplätze überleben, denn die Gesundheit ist wichtig, aber es ist auch wichtig, dass wir den Menschen nicht die Arbeit entziehen, dass sie weiter Perspektiven haben und durch diese schwere Zeit kommen.

An dieser Stelle möchte ich mich vor allem bei den Bürgerinnen und Bürgern des Landes bedanken. Eine aktuelle Umfrage zeigt, dass 76 Prozent die aktuellen Corona-Maßnahmen für richtig halten und sich ein Teil davon sogar schärfere Maßnahmen wünscht. Das ist ein hohes Vertrauen nach fast einem Jahr schwerer Einschränkungen in die Corona-Politik.

Und ich will mich zum Schluss an diejenigen wenden, die sich sagen, was bringt das alles, seit einem Jahr halte ich mich an die Maßnahmen. Es gibt viele Menschen, die sind Risikopatienten, die gehen gar nicht raus. Die können auch nicht demonstrieren, weil sie Angst haben rauszugehen, weil sie sich so absolut abschotten müssen. Es gibt viele Menschen, die nicht mehr daran glauben, dass sie ihr Geschäft noch einmal aufmachen, dass das hier irgendwie gut geht, auch Künstlerinnen und Künstler und viele Kinder und Jugendliche, die jeden Tag darüber traurig sind, dass sie ihre Freunde nicht treffen, weder in der Kita noch in der Schule. Ich möchte gerade den Menschen, die vielleicht in dieser Zeit jetzt zweifeln daran, ob das alles irgendwie noch gut geht, nach fast einem Jahr harter Anstrengung ganz klar sagen: Es ist jetzt ein kritischer Punkt, weil wir uns seit Monaten alle anstrengen, weil alle gemeinsam einen hohen Preis

zahlen, persönlich, viele wirtschaftlich und existenziell, und jetzt kommt die schlechte Nachricht, dass es noch schwerer werden kann wegen der Mutation.

Ich selber habe ganz persönlich diese Erfahrung gemacht, dass es sein kann, dass du dich monatelang anstrengst, um für deine Gesundheit zu kämpfen, und dann kommt noch jemand zum Schluss mit schlechten Nachrichten um die Ecke. Ich weiß, dass das Menschen runterziehen kann. Aber ich bin tief davon überzeugt, dass es jetzt wichtig ist, nicht aufzugeben, dass es jetzt wichtig ist, weiter diese Schutzmaßnahmen fortzusetzen, sie an der einen oder anderen Stelle noch mal zu verschärfen, dass es aber diesen Lichtblick mit dem Impfstoff gibt und dass wir uns da jetzt Schritt für Schritt rauskämpfen, dass es ein Frühjahr geben wird und vor allem einen Sommer geben wird, wo die Dinge leichter sein werden, dass es jetzt darauf ankommt zusammenzuhalten, diese schwere Zeit durchzustehen, dass wir das gemeinsam schaffen, gemeinsam für unsere Gesundheit, für unsere Wirtschaft und Arbeitsplätze und für den sozialen Zusammenhalt. Und um diese Gemeinsamkeit bitte ich auch hier im Landtag. – Herzlichen Dank!

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD und CDU)

Präsidentin Birgit Hesse: Vielen Dank, Frau Ministerpräsidentin!

Das Wort zur Begründung des Antrages der Fraktion der AfD hat jetzt der Abgeordnete Herr Professor Dr. Ralph Weber.

Dr. Ralph Weber, AfD: Liebe Landsleute! Wertes Präsidium! Wir sprechen heute wieder einmal zu den erneut verstärkten Corona-Restriktionen der Regierung und haben als AfD, als letzte Stimme der Vernunft in diesem Land,

(Heiterkeit vonseiten der Fraktion der SPD)

einen grundlegenden Antrag eingereicht, den ich nun vorstellen und begründen möchte. In diesem Antrag fordern wir einen längst überfälligen Strategiewechsel in der Corona-Politik, indem wir den Lockdown beenden und stattdessen gezielt die besonders gefährdeten Gruppen schützen wollen.

(Julian Barlen, SPD: Da sollten
Sie sich gleich einklinken!)

Sehr geehrte Kollegen! Liebe Landsleute! Wir alle wissen, dass die Corona-Epidemie vor allem eine Epidemie der Hochbetagten ist. Nun sollte man meinen, wenn man die Restriktionen der Regierung anschaut, dass die Maßnahmen gerade auf diese Risikogruppe abzielen. Wie aber sieht die Wirklichkeit aus? Sie schließen Sportvereine, Sportstätten und Fitnessstudios. Nach meinen Erfahrungen treffen wir da ganz besonders viele über 80-Jährige an – Schutz der Risikogruppen!

(Thomas Krüger, SPD: Sie waren
lange nicht in einem Fitnessstudio.)

Sie schließen Hotels, Gaststätten und andere Dienstleistungseinrichtungen wie etwa kleine Tattoo-Studios und so weiter, obwohl auch da kaum über 80-Jährige angetroffen werden.

(Zuruf von Andreas Butzki, SPD)

Schon diese kleinen Beispiele zeigen die Fehlorientierung Ihrer universellen Lockdown-Strategie auf, aber ein Umdenken ist von Ihnen nicht angedacht.

(Martina Tegtmeier, SPD:
Sie sollten mal lieber umdenken!)

Sie schließen Einrichtungen, von denen nachweisbar kaum Infektionszahlen ausgehen: Gaststätten, Hotels. Es gibt eine bundesweite Studie, wonach in Kinos beispielsweise nicht eine einzige Infektion mit dem Corona-Virus nachgewiesen worden ist.

(Thomas Krüger, SPD:
Woher wissen Sie das?)

Sie schließen unabhängig davon grundlegend alles, was nicht wirtschaftlich existenziell notwendig ist. Sie kommen mir manchmal mit dieser Maßnahme so vor wie jemand, dem man als Diät empfohlen hat, du kannst alles essen, kannst so viel essen, wie du willst, Hauptsache, du machst mindestens sechs Mahlzeiten am Tag. Und wenn man dann hinterher auf der Waage steht und feststellt, ach Mist, ich habe schon wieder zugenommen, dann korrigieren Sie dahin gehend, na, dann müssen es eben zehn Mahlzeiten am Tag sein. Das ist blanker Unsinn! Und so lässt sich Ihre Restriktionspolitik umschreiben.

Und alle diese Maßnahmen beruhen auf einer sehr fragwürdigen wissenschaftlichen Grundlage, nämlich den anhand von PCR-Tests ermittelten Inzidenzzahlen. Hierzu hat Professor Thomas Aigner von der Universität Tübingen, Mitglied der deutschen Akademie der Wissenschaften, basierend auf einem von 22 unabhängigen renommierten internationalen Wissenschaftlern erstellten Gutachten am 27. November 2020 zehn maßgebliche wissenschaftliche Fehler aufgezeigt, die belegen, dass diese Testungen, ich zitiere, „als zielgerichtete Diagnosemaßnahme völlig ungeeignet“, Zitatende, sind.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Das verstärkt das unwissenschaftliche Bild einer Diskussion, die selbst renommierteste Wissenschaftler als Corona-Leugner verbannt, wenn sie ausscheren aus dem Einheitsnarrativ des RKI und kritische Positionen einnehmen. Wer Kritik übt, ist Corona-Leugner. Und der immer wieder neu festgeschriebene Inzidenzwert von 50 beziehungsweise 200 Infizierten pro 100.000 Einwohner wird quasi als gottgegeben hingenommen, obwohl es sich um einen völlig willkürlich gegriffenen Zahlenwert handelt.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Hinzu kommt, dass bekannt ist, dass die Zahl der positiv Getesteten sich gar nicht exakt auf einzelne Landkreise festschreiben lässt. Sie propagieren Zahlen – 199,7 hab ich für den Kreis Vorpommern-Greifswald gestern gelesen –, als ob das kreisgenau festzulegen wäre, obwohl die positiv Getesteten in den einzelnen Testzentren, obwohl diese Testzentren sich gerade nicht an Kreisgrenzen orientieren, sodass eine solche Festlegung überhaupt nicht wissenschaftlich basiert ist. Meine Damen und Herren, das ist in höchstem Grade unwissenschaftlich und angesichts der in unseren Universitäten

immer mehr drittmittelausgerichteten und -gesteuerten Forschung und des erheblichen Einflusses der Pharma-industrie auf diese Forschung besorgniserregend.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Und damit noch ein Wort zum Allheilmittel der Corona-Impfung: Wir sind alle, auch wir in der AfD, sind alle froh darüber, dass es gelungen ist, einen Impfstoff zu entwickeln. Aber trotz dieser Freude kann und muss man als verantwortlich denkender und handelnder Mensch auch auf Folgendes hinweisen: Noch nie ist ein viraler Impfstoff in so kurzer Zeit entwickelt worden. Statt der üblichen Testlaufzeiten von drei bis vier Jahren – und ich war über zehn Jahre selbst Mitglied der Ethikkommission der Universität Rostock und weiß, worüber ich da spreche –, statt der üblichen Testlaufzeiten von drei bis vier Jahren war man hier mit einer Zeit von unter einem Jahr am Ziel. Und statt der üblicherweise getesteten Probandenzahl von mindestens 300.000 in multizentrischen Phase-III-Studien waren es bei der Corona-Impfung gerade einmal weltweit 30.000 Probanden, und das bei einem genbasierten mRNA-Impfstoff.

Während Sie sich alle sonst – ich mich zum Teil auch – schon über Spuren von genveränderten Maiszusätzen in Lebensmitteln aufregen, ist hier jede Form von Kritik untersagt, obwohl hier Genmutationen befürchtet werden können, deren Fern- und Zukunftswirkung überhaupt nicht erforscht sind.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Es ist schon merkwürdig, wie man hier mit kritischen Stimmen umgeht. Ich bin beileibe kein Impfgegner, ich persönlich. Ich bin selbst durchgeimpft mit allen Impfungen, die man in unserem Land so erhalten hat, und werde mich

(Zuruf von Thomas Krüger, SPD)

und werde mich auch weiterhin Impfungen unterziehen. Ich habe aber vollstes Verständnis für all jene, die aufgrund dieser Fakten einer Corona-Impfung skeptisch entgegenstehen. Und deshalb darf es auch keine Aufspaltung der Gesellschaft in Geimpfte und Nichtgeimpfte mit Vorteilen für die Gruppe der Geimpften geben, zum einen schon deswegen, weil es nicht in der Macht des Einzelnen steht, ob und wie er sich impfen lassen will, sondern weil wir einen verfassungsrechtlich bedenklichen Impfplan haben, der da Termine vorgibt und Prioritäten zuteilt. Solange also nicht jeder Einzelne die Möglichkeit zur Impfung hatte und hat, darf es solche Differenzierungen schlichtweg nicht geben.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Aber auch danach, aber auch danach bleibt festzustellen: Dass der Geimpfte den Virus nicht weiter übertragen kann, ist nicht gesichert. Dementsprechend muss auch danach eine Unterscheidung von Geimpften und Nichtgeimpften grundsätzlich unterbleiben.

All das führt dazu, dass Frau Merkel gestern erklärt hat, dass, Zitat, „ab Ostern vieles besser werden könnte“, Schlusszeichen. Ab Ostern also! Und bis dahin eine sich immer mehr steigernde Kaskade von weiteren Lockdowns? Und Ostern? Weil mit dem Frühling virale Infekte durch die Kraft der Natur und steigende Temperaturen,

also mit Gottes Hilfe und nicht durch Regierungshandeln, gerade nicht durch Handeln Ihrer Regierung und unserer Corona-Politik, zurückgehen werden.

(Beifall und Heiterkeit bei Dirk Lerche, AfD)

Eine Lockerungspolitik erst ab Ostern oder gar erst ab Sommer zielt allein darauf ab, Erfolge der Corona-Maßnahmen der Regierungen zielgenau vor der Landtags- und Bundestagswahl präsentieren zu können. Das werden wir nicht mitmachen!

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Professor Dr. Thiesen, der Direktor des Instituts für Immunologie der Universität Rostock, verweist auf Dokumentationen, wonach die geringe festzustellende Übersterblichkeit sich nur auf die Altersgruppe der über 65-Jährigen bezieht, während bei jüngeren Alterskohorten sogar eine Untersterblichkeit zu verzeichnen ist. Und genau deswegen ist ein Strategiewechsel überfällig: weg von den generellen, universellen, unverhältnismäßigen und zum Teil willkürlichen, generellen Lockdowns hin zu einem besonderen Schutz und einer besonderen Schutzkampagne für Risikogruppen. Ihre Maßnahmen, Ihr Corona-Exzentrismus dagegen strapaziert unsere Wirtschaft und unsere Bevölkerung über das erträgliche Maß hinaus.

Wir fordern daher eine Umkehr: Schutz der Risikogruppen, insbesondere der Älteren, mit Einfluss auch auf den Impfplan. Das heißt aber, dass nicht nur die älteren Bewohner in Alten- und Pflegeheimen, sondern auch all diejenigen vorrangig geimpft werden müssen, die als Besucher von Senioren in den Alten- und Pflegeheimen gemeldet sind, und das müssen mehr als eine Person pro Bewohner des Pflegeheims sein, wenn wir Vereinsamung vorbeugen wollen. Mindestens drei oder vier müssen gemeldet werden können, die müssen genauso vorrangig geimpft werden wie die älteren Mitbürger selbst.

(Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

Und auch die, die sich nicht in Alten- und Pflegeheimen befinden, die in der häuslichen Pflege von der Familie versorgt werden, müssen genauso geschützt werden – und die Pflegepersonen in der Familie – wie in Pflegeheimen.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Meine Damen und Herren, die Erweiterung, immer weitere Erweiterung Ihrer Lockdown-Maßnahmen bringt keine positiven Ergebnisse, deswegen fordern wir generelle Öffnung aller bisher vom Lockdown betroffenen Maßnahmen, aller Einrichtungen und stattdessen einen durchdachten Schutz der Risikopersonen. – Danke schön!

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Präsidentin Birgit Hesse: Vielen Dank, Herr Abgeordneter!

Gemäß Paragraph 84 Absatz 4 unserer Geschäftsordnung beträgt die Aussprachezeit nach einer Regierungserklärung 155 Minuten. Außerdem hat der fraktionslose Abgeordnete Holger Arppe eine Rede mit einer Dauer

von 3 Minuten angemeldet. Ich sehe und höre keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen. Ich eröffne die Aussprache.

Das Wort hat für die Fraktion der CDU der Fraktionsvorsitzende Herr Waldmüller.

Wolfgang Waldmüller, CDU: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich habe in der letzten Sondersitzung es bereits schon gesagt, dass wir hier die Sondersitzung zwischen den Ministerpräsidentenkonferenzen und der Veröffentlichung der Landesverordnung machen, in der die entsprechenden Verabredungen umgesetzt werden, das halte ich für eine gute Idee. Als Parlament müssen wir zumindest über das reden, was auf Bundesebene besprochen wird, wir müssen es bewerten, und mit dem Antrag, der Ihnen vorliegt, nehmen wir auch eine gewisse Akzentsetzung vor. Aber natürlich ist das kein parlamentarisches Verfahren, so, wie wir es eigentlich gewohnt sind, es ist aber trotzdem derzeit ein einigermaßen sinnvoller Spagat, und zwar zwischen der Notwendigkeit, schnell und abgestimmt handeln zu müssen und zur anderen Seite, das Parlament trotzdem stattfinden zu lassen, zu lassen, ja.

Meine Damen und Herren, die Ministerpräsidentenkonferenz hat getagt, und wenn man genau hinschaut, dann ist das, was am Ende das Ergebnis ist, dann überschaubar. Das ist keine Wertung. Der Ausnahmezustand geht noch einmal in die Verlängerung, planmäßig jetzt bis zum 14. Februar. Im Nahverkehr und im Supermarkt müssen neuerdings medizinische Masken getragen werden, Schals, Tücher oder Behelfsmasken reichen dort künftig nicht mehr aus. Und der Appell, Arbeitnehmer möglichst im Homeoffice zu beschäftigen, wurde noch einmal ein wenig verschärft und mit den Verordnungen aus dem Bundesarbeitsministerium flankiert.

Das heißt, es ist einiges Neues, aber es ist dennoch nicht so viel Neues und trotzdem lohnt ein genauer Blick, zum Beispiel auf das, was außerhalb diskutiert wird, und hier meine ich vor allem das Thema „Schulen und Kindertagesstätten“. Es gibt ganz unterschiedliche Ansichten darüber, wie groß der Anteil ist, den Schulen am Infektionsgeschehen haben. Wir sind uns vermutlich einig, wenn ich sage, dass der Anteil nicht null ist. Womöglich ist sogar der Anteil, den andere Bereiche wie etwa der Handel oder Friseure oder Fitnesscenter am Infektionsgeschehen hatten, kleiner als der Anteil, den Schulen haben beziehungsweise hatten.

(Zuruf von Thomas de Jesus Fernandes, AfD)

Und trotzdem,

(Thomas de Jesus Fernandes, AfD:
Wir haben gute Zahlen, oder nicht?)

trotzdem ist es absolut richtig, dass wir für die Kindertagesstätten und für die Schulen und hier insbesondere für die Abschlussklassen Ausnahmen machen und diese Bereiche nach wie vor offen halten. Familien mit Kindern dürfen nicht die Gelackmeierten sein in dieser Pandemie, und deswegen ist es richtig, alles herunterzufahren, damit die Kitas und die Schulen zumindest teilweise offen bleiben können.

Und, meine Damen und Herren, ich habe das ja schon mal gesagt, in der Nachschau ist natürlich vieles einfa-

cher, aber es sei mir gestattet, ich habe es im ersten Lockdown im Frühjahr als unglücklich empfunden, dass Eltern nachweisen mussten, dass sie einem Beruf nachgehen, der so wichtig ist, dass sie gewissermaßen einen Bezugsschein für die Kinderbetreuung bekommen haben. Das war eine Riesendiskussion, und die wurde dann auf dieser Ebene geführt, ist mein Beruf denn nicht genauso wichtig wie der andere. Das ist also eine unglückliche Situation. Da müssen wir aufpassen in der Zukunft, dass so etwas nicht geschieht, aber mit den Maßnahmen, die wir getroffen haben, ist dies auch momentan nicht der Fall, und so soll es auch bleiben.

Und heute liegt die Inzidenz in Mecklenburg-Vorpommern im deutschen Durchschnitt. Für mich steht dennoch fest: Wenn es die Inzidenz zulässt, dann ist der allererste Schritt, den wir gehen müssen, die Öffnung der Schulen. Und die Kosten für die Eindämmung der Pandemie ufern so schon aus. Wir können es uns weder finanziell noch moralisch leisten, schlecht ausgebildete Schuljahrgänge ins Leben zu entlassen.

Und weitere Aspekte, auf die ich zu sprechen kommen möchte, betreffen das Thema Impfen und die Wirtschaftshilfen. Wir fangen mit dem Impfen an: Ich finde es höchst unbefriedigend, dass die Impfzentren in unserem Land nicht auf vollen Touren laufen können. Es ist in meinen Augen ein Märchen, dass das etwa mit der bestellten Menge an Impfstoff zu tun hat. Es hat eher damit zu tun, dass der Impfstoff extrem gut nachgefragt wird und wir die Produktionskapazitäten noch nicht in ihrem vollen Umfang erreicht haben. Das ist eine ähnliche Situation wie im Frühjahr, als wir ewig auf die FFP2- oder FFP3-Masken warten mussten. Bestellen konnte man so viel man wollte, das Problem waren die Verfügbarkeit auf dem Weltmarkt und auch die Lieferzeit.

Und es stimmt natürlich, dass so etwas schräg anmutet, wenn der Impfstoff in Deutschland hergestellt wird, der Verteilmechanismus aber auf europäischer Ebene angesiedelt ist. Mich hat das im ersten Moment auch geärgert.

(Zuruf von Thomas de Jesus Fernandes, AfD –
Vizepräsidentin Beate Schlupp
übernimmt den Vorsitz.)

Aber auch hier erinnern wir uns ans Frühjahr, da hat jeder Staat auf sich geschaut. Das Ergebnis war – Sie haben die Bilder noch vor Augen –, dass in Norditalien, teilweise auch in anderen Staaten die Krankenversorgung kollabiert ist und alle dabei zugeschaut haben. Das Erste, was im Frühjahr Schaden nahm, war die europäische Solidarität. Und deswegen ist es richtig, dass die Verteilung der Impfstoffe zwischen den europäischen Partnern abgestimmt wird.

Und damit komme ich zu einem weiteren Punkt, der das Impfen berührt, nämlich die Debatte um eine mögliche Impfpflicht. Inzwischen hat jeder mitbekommen, dass das Impfen gegen Corona eine vergleichsweise harmlose Angelegenheit ist. Es kann schon mal zu Schwellungen kommen oder zu Schmerzen an der Einstichstelle. Im Vergleich zu den Gefahren, die von dem Virus ausgehen, muss ich aber eigentlich nicht lange überlegen, ob ich mich impfen lasse oder eine Infektion riskiere. Und trotzdem sind wir dagegen, dass es eine Impfpflicht gibt. Und ich bin auch dagegen, dass Geimpfte Sonderrechte bekommen.

Der Bundesaußenminister Maas hat die Debatte ja bereits angeschoben, das Echo kennen Sie. Ich denke, das ist eine Debatte, die nicht dienlich ist, eine Debatte zur Unzeit, solange noch nicht alle Menschen die Gelegenheit bekommen haben, überhaupt geimpft zu sein.

(Beifall vonseiten der Fraktion der CDU –
Zuruf von Thomas de Jesus Fernandes, AfD)

Aber spätestens dann, wenn die Gastronomie wieder öffnet oder der Reiseverkehr wieder einsetzt, ist es ja durchaus vorstellbar, dass ein Gastwirt einem anderen Gast, der ein potenzielles Risiko darstellt, den Zutritt möglicherweise zum Gastraum verweigert. Und an dieser Stelle werden wir zu gegebener Zeit zu entscheiden haben, wie weit das Hausrecht eines Gastwirts wirklich geht.

Und dann komme ich damit zum zweiten Punkt, den ich ansprechen wollte, und das sind die Wirtschaftshilfen. Und je nachdem, wen man fragt, woran es derzeit klemmt, dass die Wirtschaftshilfen aus Berlin nicht ausbezahlt werden, bekommt man eine andere Antwort. Der Bundeswirtschaftsminister schiebt die Schuld auf den Bundesfinanzminister, der Bundesfinanzminister auf den Wirtschaftsminister, und beide schieben die Schuld auf die Software, die angeblich unbefriedigend funktioniert. Ich denke, mir ist es am Ende total einerlei, wo genau das Problem ist. Ich möchte nur, dass es gelöst wird, und zwar schnell. Es kann jedenfalls nicht sein, dass wir, dass wir als Land gigantische Summen vorfinanzieren müssen, nur, weil der Bund seine Hausaufgaben nicht gemacht hat.

(Zuruf von Thomas de Jesus Fernandes, AfD)

Und entsprechende Signale von der Ministerpräsidentenkonferenz, dass es mit den wirtschaftlichen Hilfen endlich schneller gehen soll, stimmen mich da halbwegs optimistisch.

Und einige Dinge will ich noch anbringen. Weniger erfreut bin ich natürlich darüber, was die Ministerpräsidentenkonferenz zum Thema Homeoffice beschlossen hat, beziehungsweise – das muss man ja so sagen – was der Bundesarbeitsminister aus dem Thema meinte, machen zu müssen. Mein Eindruck ist, dass es zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern nirgendwo echte Probleme gibt, was Homeoffice angeht.

(Peter Ritter, DIE LINKE:
Na ja, na ja!)

Da es möglich ist und wo betriebliche Abläufe es zulassen, arbeiten die Mitarbeiter von zu Hause, und das zum Teil schon seit März.

(Beifall vonseiten der Fraktion der CDU)

Es gibt aber eben auch Bereiche, in denen Präsenz unerlässlich ist, und das wissen sowohl die Arbeitgeber als auch die Arbeitnehmer.

(Thomas de Jesus Fernandes, AfD:
Nur die Politik nicht.)

Und das, was wir jetzt erleben – und das ist meine Befürchtung, und deswegen kritisiere ich das –, ist, dass das Bundesarbeitsministerium eine Art Recht auf Home-

office durch die Hintertür einführen will, und das geht aus meiner Sicht eindeutig zu weit.

(Zuruf von Thomas de Jesus Fernandes, AfD)

Die Nachweispflicht, die Unternehmen jetzt schon zu erbringen haben, ist blanker Irrsinn. Die Datenschutz-Grundverordnung hat diesen Irrsinn noch einmal ordentlich angeheizt, und jetzt kommt auch noch eine Verordnung von der Bundesebene, deren Ergebnis ist, dass der Unternehmer gewissermaßen in der Nachweispflicht ist, warum die Präsenz seines Arbeitnehmers zwingend geboten ist. Und das ist aus meiner Sicht ein völlig unverhältnismäßiger Eingriff in die betrieblichen Abläufe. Und ich kann nur hoffen, dass diese vermeintliche Arbeitsschutzverordnung nach der Pandemie sofort im Aktenschredder landet. So was braucht wirklich niemand!

(Beifall vonseiten der Fraktion der CDU –
Zuruf von Dr. Ralph Weber, AfD)

Meine Damen und Herren, ich möchte auf die beiden Anträge von der Fraktion DIE LINKE und von der AfD kurz eingehen, auf den Antrag der Fraktion DIE LINKE ganz kurz zu dem Punkt 2: Ich denke, ja, auch die CDU-Fraktion ist gegen Verschärfungen im privaten Bereich, und trotzdem bin ich nicht bereit, dass wir uns heute irgendwelche Optionen verbauen. Es klingt ja fast so, als wenn das Regierungshandeln daraus besteht, eben Verschärfungen fortzusetzen und weiter zu treiben. Und genau das Gegenteil ist der Fall,

(Zuruf von Thomas de Jesus Fernandes, AfD)

sondern die Verschärfungen sind notwendig, um so schnell wie möglich öffnen zu können. Das ist der Hintergrund dieses Handelns. Und keiner weiß aber, wie die Pandemie weiter verläuft, etwa mit Blick auf die Mutation.

(Thomas de Jesus Fernandes, AfD:
Sie lassen sich wieder drei
neue Hintertüren auf.)

Und deswegen gibt es keinen einzigen Grund, heute das wirksamste Instrument aus der Hand zu geben, und das sind nun mal die Kontaktbeschränkungen, wenngleich wir in der Sache in der Intention da gleich sind. Aber das festzulegen, dass nichts weiter passiert wäre, wenn wir nicht wissen, was in der Zukunft passiert, das geht dann in der Tat zu weit.

Und mit der Forderung nach dem dezentralen Ausbau der Infrastruktur, da finden Sie ja auch in dem Antrag der Koalitionäre einen Hinweis. Ich glaube, dass Sie da etwas zu spät sind, das ist bereits im Werden.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Jaja, jaja!)

Und was das fortlaufende,

(Peter Ritter, DIE LINKE: Wer weiß,
wie die Anträge entstanden sind.)

und was das fortlaufende Informieren angeht: Meine Fraktion ist mit Sicherheit dafür bekannt, die Arbeit der Landesregierung konstruktiv, aber auch kritisch zu begleiten, aber eines kann man der Landesregierung ganz gewiss nicht unterstellen, dass sie in der Pandemie zu wenig kommuniziert.

(Heiterkeit und Zuruf von
Thomas de Jesus Fernandes, AfD)

Also mit Sicherheit, beim besten Willen, das kann man so nicht unterschreiben.

(Zuruf von Thomas de Jesus Fernandes, AfD)

Deswegen werden wir auch dem Änderungsantrag nicht zustimmen. Weiter will ich nicht darauf eingehen. Sie werden das ja sicherlich noch tun.

(Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

Und dann zu dem Antrag der AfD: Ich will mich da nicht weiter groß auslassen. Eigentlich hätte man – na ja, „Lust“ kann man nicht sagen –, aber eigentlich müsste man hingehen und ihn Punkt für Punkt für Punkt zerlegen,

(Thomas de Jesus Fernandes, AfD:
Dann machen Sie das doch mal!)

andererseits ...

(Zuruf von Thomas de Jesus Fernandes, AfD)

Das haben wir letzstens, das haben wir doch schon zigmal gemacht.

(Thomas de Jesus Fernandes, AfD:
Nee, nee! Sagen Sie es
doch mal konkret!)

Zigmal, zigmal!

(Zuruf von Thomas de Jesus Fernandes, AfD)

Sie haben es das erste Mal geschafft, dass Sie einen Antrag hier vorlegen, das erste Mal! Sie haben das erste Mal gearbeitet. Also insofern, insofern, ich würde da mal,

(Zuruf von Dr. Ralph Weber, AfD)

ich würde da mal Ihren Antrag

(Unruhe vonseiten der Fraktion der AfD –
Zuruf von Thomas de Jesus Fernandes, AfD)

mit der Regel gleichführen „Don't feed the troll!“,

(Glocke der Vizepräsidentin)

die im Internet gilt, und die ist gar nicht so schlecht. Für die, die es nicht kennen, das heißt so sinngemäß, dass man sich inhaltlich nicht so sehr mit unsachlichen Ausführungen eben befassen soll. Ich habe, Sie haben, Sie haben von Anfang an die Pandemie systematisch verarmlost, haben falsche Behauptungen aufgestellt,

(Zuruf von Dr. Ralph Weber, AfD)

haben Menschen verunsichert und sich selbst darin,

(Unruhe vonseiten der Fraktion der AfD)

sich selbst darin gefallen, sinnvolle Regelungen zum Gesundheitsschutz systematisch zu unterlaufen. Sie

machen sich gemein mit Lügner und Menschen, die ganz eindeutig psychische Auffälligkeiten zeigen.

(Heiterkeit und Zuruf von Dirk Lerche, AfD)

Ihr Ansatz war von Anfang an, die Augen vor der Pandemie zu verschließen und zu hoffen, dass sie von alleine verschwindet. Und jeder Staat, jeder Staat auf der Erde, der das zeitweise mal versucht hat, ist gnadenlos gescheitert. Deswegen ist Ihr Antrag kaum diskussionswürdig, geschweige denn zustimmungswürdig.

Und zum Schluss,

(Unruhe vonseiten der Fraktion der AfD)

zum Schluss möchte,

(Zuruf von Dr. Ralph Weber, AfD)

zum Schluss möchte ich einen Dank an alle aussprechen, die es uns erlauben, in dieser Pandemie so zu leben, wie wir leben. Vielen Dank an alle, die da beteiligt sind! Ich spare mir jetzt die Auflistung, aber vielen Dank auch an all die in der Bevölkerung, die sich an die Verordnungen, an die Beschränkungen, die nicht leicht sind, halten. Und einen Dank dafür und eine Aufmunterung dahin gehend: Machen Sie weiter so! Bleiben Sie dabei! Halten Sie die Verordnungen ein! Und der einzige Grund, warum wir das alle tun und wir durchhalten, ist, damit wir so schnell wie möglich öffnen. Und je mehr sich daran halten – es ist ja ein Großteil der Bevölkerung –, je mehr sich daran halten, desto schneller haben wir die Pandemie auch überwunden. Und das Impfen wird uns dabei helfen. – Vielen Dank!

(Beifall vonseiten der Fraktion der CDU)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Vielen Dank, Herr Fraktionsvorsitzender Waldmüller!

Das Wort hat jetzt für die Fraktion DIE LINKE der Abgeordnete Herr Ritter.

Peter Ritter, DIE LINKE: Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! „Ich kann es nicht mehr hören!“ Obwohl wir alle seit Wochen nicht mehr viele Menschen treffen können beziehungsweise dürfen, hören wir diesen Satz wohl immer öfter. Wir alle sehnen uns nach einem Leben ohne Corona. Aber wer ohne Corona leben oder die Einschränkungen zumindest lockern will oder gar wie die AfD den Lockdown beenden will, der muss zuallererst, zuallererst die Pandemie stoppen.

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE –
Thomas Krüger, SPD: So ist es.)

Es geht darum, sich freiwillig einzuschränken, um andere und sich selbst nicht zu gefährden. Die Mehrheit der Menschen hält die getroffenen Maßnahmen für notwendig. Frau Ministerpräsidentin hat auf die Umfrage verwiesen. Die Mehrheit der Menschen verhält sich verantwortungsvoll und solidarisch.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, es reicht aber nicht, wenn die Politik immer wieder mit dem erhobenen Zeigefinger auf die Bürgerinnen und Bürger zeigt. Deshalb müssen die beschlossenen Maßnahmen verhältnismäßig

und verständlich sein. Und die beschlossenen Maßnahmen müssen, bevor neue Maßnahmen verkündet werden, auch umgesetzt werden – auch von der Regierung, welche vom Landtag dazu die Aufträge erhält.

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE)

Deshalb, liebe Kolleginnen und Kollegen, unsere Forderung Nummer 1 in unserem Antrag nach unverzüglicher und umfassender Information über die Umsetzung der Corona-Beschlüsse des Landtages auf den Drucksachen 7/5502, 7/5615, 7/5673 und 7/5697.

Und wenn Sie sich nun die Frage stellen, was das soll, will ich es Ihnen gerne an einem Beispiel erläutern. Im Beschluss vom November 2020 auf Drucksache 7/5615 heißt es, ich zitiere: „Zur Aufrechterhaltung der Arbeits- und Handlungsfähigkeit von Polizei, Schulen und KITAs sowie Personengruppen, die vulnerable Personen in Pflege- und ähnlichen Einrichtungen sowie in Krankenhäusern betreuen, können Schnelltests einen wesentlichen Beitrag leisten. Die Landesregierung wird aufgefordert, hierfür Unterstützung des Bundes einzufordern und die Beschaffung von Schnelltests durch die Träger zu diesen Zwecken zu ermöglichen. Zudem soll geprüft werden, ob bei den vorgenannten Personengruppen und Einrichtungen noch offene Bedarfe an ... Schutzmasken bestehen und wie das Land den Trägern den Zugang hierzu ermöglichen oder erleichtern kann.“ Zitatende.

Fragt man hierzu, so, wie wir es in den Fachausschüssen getan haben, dann nach dem Umsetzungsstand, dann erfährt man seitens der Landesregierung, lieber Kollege Waldmüller, eben keine Fakten, sondern vielfach nur erstaunte Ahnungslosigkeit. Der Vollständigkeit halber will ich hinzufügen, dass ich heute früh vor Sitzungsbeginn des Innenausschusses die Information des Innenministers erhalten habe, wie die Situation bei der Polizei ist, nachdem ich letzte Woche dazu nachgefragt habe. Dazu, Herr Innenminister, oder dafür herzlichen Dank!

Aber, liebe Kolleginnen und Kollegen, wir fassen die Beschlüsse doch nicht zum Selbstzweck. Für meine Fraktion war die Zustimmung zu den gemeinsamen Anträgen auch immer mit der Erwartung verbunden, dass diese Beschlüsse auch zügig und vollständig umgesetzt werden.

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE)

Deshalb wollen wir wissen, deshalb wollen wir wissen, was wie umgesetzt wurde. Vor allem aber wollen wir wissen, wo es klemmt und warum es wo klemmt und wo nachgearbeitet werden muss. Und wir wollen es auch deshalb wissen, weil wir dann unseren Beitrag dazu leisten wollen, diese Schwachstellen abzuarbeiten. Erst dann kann es Zustimmung zu weiteren Maßnahmen geben.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, es reicht nicht aus, wenn die Politik immer wieder mit dem erhobenen Zeigefinger auf die Bürgerinnen und Bürger zeigt. Das Privatleben ist bereits bis an die äußersten Grenzen beschränkt. Weitere Beschränkungen erscheinen deshalb aus Sicht meiner Fraktion weder sinnvoll noch notwendig, noch nachvollziehbar.

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE)

Auch wenn jetzt, auch wenn jetzt in der Diskussion ablesbar keine weiteren Einschränkungen für das Privatleben bestehen, so war vor und während des Kanzlerinnengipfels doch hier und da zu hören, dass man die Beschränkung „ein Haushalt plus eine Person“ wirklich nur auf eine Person beschränkt, dass man sich also entscheiden möge, ob ich meine Schwiegermutter oder meinen Schwiegervater zu Hause empfangen oder besuche. Diese Frage oder dieses Drohpotenzial dürfen wir nicht aus den Augen verlieren. Deswegen sagen wir ganz klar, die Belastbarkeit im privaten Bereich ist erreicht.

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, die Regelungen für das Privatleben müssen natürlich dem Infektionsschutz dienen, aber Sie müssen genauso gut Einsamkeit vermeiden. Infektionsschutz ist aber nicht nur eine individuelle, sondern vorrangig eine gesellschaftliche Aufgabe, und deshalb unsere zweite Forderung in unserem Antrag. Und, liebe Kolleginnen und Kollegen, verbinden möchte ich diese Forderung mit dem Nachdenken darüber, ob alles, was jetzt nicht notwendig ist, jetzt unbedingt hergestellt, transportiert und gehandelt werden muss.

Wir müssen darüber nachdenken, ob die bisherigen Wirtschaftshilfen wirklich bedarfsgerecht und unbürokratisch waren, um so Unternehmen das Überleben zu gewähren und Arbeitsplätze zu erhalten. Auch müssen wir darüber nachdenken, wie alle Unternehmen und öffentlichen Einrichtungen zu einem höheren Infektionsschutz verpflichtet werden können. Und allein ein Blick hier in die Runde des Plenarsaals zeigt doch, wie mit dringenden Empfehlungen umgegangen wird zum Tragen eines Mund-Nasen-Schutzes. Sie werden eben nicht von allen ernsthaft aufgegriffen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir meinen auch, dass alleinige Appelle an Unternehmerinnen und Unternehmer, dort womöglich Homeoffice zu ermöglichen, uns nicht weiterbringen werden. Wenn wir alle nicht einmal bereit sind, zumindest darüber nachzudenken und gegebenenfalls notwendige Schritte abzuleiten, oder wenn es von vornherein als weltfremd abgetan wird, darüber die Diskussion zu führen, dann werden wir uns hier Mitte Februar, dann werden wir uns hier Mitte März wieder treffen und wieder verkünden müssen, dass die Einschränkungen vor allem im privaten Bereich, im Einzelhandel, in Kunst, Kultur, im Amateur- und Freizeitsport fortgeschrieben werden müssen. Und das kann doch wohl nicht unser Ziel sein, liebe Kolleginnen und Kollegen!

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE)

Es reicht eben nicht aus, wenn die Politik immer wieder mit erhobenem Zeigefinger auf die Bürgerinnen und Bürger zeigt. Und deshalb halten wir auch unsere dritte Forderung in unserem Antrag für selbstverständlich. Immer, wenn der Staat etwas abfordert, zum Beispiel das Tragen von medizinischen Masken – egal, ob nun OP- oder FFP2-Masken – verpflichtend macht, so muss der Staat diese Masken auch kostenfrei zur Verfügung stellen. Punkt, aus, Ende!

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE)

Wir wissen mittlerweile, was diese Masken kosten. Aber wissen Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen, wie viel ein

Hartz-IV-Empfänger/eine Hartz-IV-Empfängerin im Monat für rezeptfreie medizinische Produkte zur Verfügung hat? 2,50 Euro! 2,50 Euro! Und da rechnen Sie mal aus, wie viele Masken dann erworben werden können! Deshalb besteht hier dringender Handlungsbedarf. Und das betrifft eben nicht nur die Hartz-IV-Empfängerinnen und Hartz-IV-Empfänger, das betrifft auch die Kurzarbeiterinnen und Kurzarbeiter, die Niedriglöhner, die Alleinerziehenden. Es besteht hier also dringender Handlungsbedarf. Appelle helfen hier nicht mehr weiter.

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, große Hoffnung haben wir alle gesetzt – na gut, fast alle – in die Corona-Schutzimpfung. Der Start schien gut gelungen in unserem Land und war auch Anlass für so manchen medienwirksamen Termin. Damit die Hoffnung aber zum Erfolg wird – das hängt nicht nur allein von der Anzahl der Impfdosen ab, einen großen Schwachpunkt sehen wir in der Impfstruktur in unserem Land. Lassen Sie mich das an einem Beispiel verdeutlichen. Wenn eine alte, alleinstehende Dame in Siedenbrünzow, dem nördlichsten Zipfel des Landkreises Mecklenburgische Seenplatte, nach langem Warten einen Impftermin hat, macht Sie sich mit dem Bus auf den Weg nach Demmin. Von dort aus – vorausgesetzt, sie erreicht den Anschluss – geht es mit der Bahn nach Neubrandenburg. Dort angekommen, ist der Shuttle nach Trollenhagen zum Impfzentrum vielleicht gerade abgefahren. Also muss die Dame noch ein Stündchen warten. Dann endlich die ersehnte Impfung im Impfzentrum in Trollenhagen. Doch halt, die Dame muss ja auch wieder zurück! Der Tag ist dann rum und die Dame fragt sich, warum es nicht zumindest in jeder ehemaligen Kreisstadt im Landkreis Mecklenburgische Seenplatte ein Impfzentrum gibt – eine, wie wir meinen, berechtigte Frage.

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE)

Deshalb unsere Forderung in Punkt 4 nach Einrichtung dezentraler Impfstrukturen im Land. Umgehend müssen diese auf den Weg gebracht werden, und nicht erst dann, wenn ausreichend Impfdosen zur Verfügung stehen.

Und weil gerade die Rede vom ÖPNV war: Liebe Kolleginnen und Kollegen, wer meint, dass mit einer Ausdünnung des ÖPNV- und SPNV-Angebotes das Infektionsrisiko gesenkt werden kann, der geht an den Realitäten im Land vorbei. Vielmehr muss der ÖPNV im Berufsverkehr entzerrt werden. In den Stoßzeiten sind mehr Bus und Bahn einzusetzen, damit der Mindestabstand eben nicht nur im privaten Raum, sondern auch auf dem Weg zur Arbeit gewahrt werden kann. Das hat DIE LINKE bereits mehrfach im vergangenen Jahr gefordert. Wesentliche Veränderungen sind bislang jedoch kaum spürbar. Einzig und allein soll nun die Pflicht zum Tragen einer medizinischen Maske im ÖPNV Abhilfe schaffen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, neben dem bisher in Rede stehenden Personenkreis fordern wir in unserem Antrag, dass auch die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der ambulanten und stationären Kinder- und Jugendhilfe schnellstmöglich kostenfrei mit FFP2-Masken ausgestattet werden. Das ist ein Hilferuf aus der Praxis, der uns erreichte. Gerade in Krisenzeiten wie diesen sind die Belastungen im familiären Bereich besonders hoch. Damit steigen die Anforderungen an die Kinder- und Jugendhilfe. Um deren Unterstützungsangebot aber si-

cherstellen zu können, brauchen die Beschäftigten in der Kinder- und Jugendhilfe unsere Unterstützung.

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ferner fordern wir in unserem Antrag, weitere gesellschaftlich relevante Interessenvertreterinnen und Interessenvertreter in die Beratungen des MV-Gipfels einzubeziehen. So stellt der Landesjugendring in seiner Stellungnahme zur Anhörung im Sozialausschuss fest, ich zitiere: „Die Auswirkungen und Folgen der Pandemie werden auf den Schultern der jungen Generation maßgeblich mitgetragen. Es ist notwendig, dass in den kommenden Monaten der Pandemie die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen ... mitgedacht wird. Zudem müssen jungen Menschen Räume für Kontakte zur Verfügung gestellt werden, in denen sie unter ... aktuellen Schutzmaßnahmen“ sich treffen. Zitat-ende.

Um dieser Erwartungshaltung gerecht zu werden, erscheint es uns sinnvoll und notwendig, Landesschülerrat und Landesjugendring zum MV-Gipfel hinzuzuziehen. Und weil wir ein Land der Generationengerechtigkeit sind und das Land vor allen Dingen auch in schwierigen Zeiten nur gemeinsam vorangebracht werden kann, sollte auch auf den Sachverstand des Landes-seniorInnenbeirates künftig im MV-Gipfel nicht verzichtet werden.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, der Teufel steckt bekanntlich im Detail, und die Details werden nicht in der Corona-Verordnung der Landesregierung geregelt, sondern in den Allgemeinverfügungen der Landkreise. Hier, glaube ich, sind mehr Sorgfalt und umfassendere Information der Bevölkerung zwingend notwendig.

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE)

Wünschenswert wäre auch hier eine stärkere Einbeziehung der kommunalen Vertretungen, um Kreistagsabgeordnete, Stadtvertreterinnen und Stadtvertreter rechtzeitig in die Lage zu versetzen, berechnete Fragen von Bürgerinnen und Bürgern in ihren Regionen beantworten zu können, und damit Akzeptanz für einschränkende Maßnahmen zu erreichen.

Ich bin wie einige andere Mitglieder des Landtages im Landkreis MSE zu Hause. Aufgrund der hohen Inzidenzwerte leben wir, durch Allgemeinverfügung geregelt, unter schärferen Bedingungen hinsichtlich privater Zusammenkünfte, Schulen und Kitas. „Ein Hausstand, eine Person“ gilt seit dem 18. Dezember. Lockerungen gab es lediglich vom 24. bis 26.12., was selbst Besuche von Angehörigen der Kernfamilie zum Weihnachtsfest, welche ihren Wohnsitz in anderen Bundesländern haben, schwierig bis unmöglich machte.

(Zuruf von Thomas de Jesus Fernandes, AfD)

Trotz dieser strengen Regeln stieg der Inzidenzwert zum Jahresbeginn stetig an, erreichte bald die magische Grenze von 200. Am 7. Januar wurden per 34. Allgemeinverfügung nächtliche Ausgangssperren und der 15-Kilometer-Radius angeordnet. Am 10. Januar wurde die 34. Allgemeinverfügung durch die 35. Allgemeinverfügung aufgehoben. Die Regelungen zur Ausgangssperre und zum 15-Kilometer-Radius wurden präzisiert. So weit, so gut.

Nun aber hängen nicht alle Einwohnerinnen und Einwohner des Landkreises, so wie ich, 24 Stunden lang am Netz und bekommen die jähren Wendungen in den Allgemeinverfügungen zeitnah mit. Auch eine Kenntnisnahme über die regionale Presse oder die amtlichen Mitteilungsblätter der Kreise und Städte gestaltet sich schwierig. So wissen auch die wenigsten nicht, dass es bei den nächtlichen Ausgangssperren Ausnahmen von a bis j und zum Verlassen des 15-Kilometer-Radius triftige Gründe von a bis r gibt. Man ist auch schon froh, dass das Alphabet 26 Buchstaben hat, sonst könnte man so viele Ausnahmeregelungen gar nicht formulieren.

(Heiterkeit vonseiten der Fraktion DIE LINKE)

Von der Wirkung der einzelnen Maßnahmen im ländlichen Bereich einmal abgesehen, stellt sich hier die Frage, wie von den BürgerInnen abverlangt werden kann, Regeln und Ausnahmen einzuhalten, wenn sie diese nicht einmal kennen. Es wäre aus unserer Sicht daher angebracht und dringend notwendig, bei den nächsten MV-Gipfeltreffen mit den kommunalen Landesverbänden darüber zu beraten, ob einzelne Maßnahmen wie Ausgangssperre, 15-Kilometer-Radius wirklich sinnvoll und zielführend sind und b), was noch viel wichtiger ist, wie die Kommunikation dieser Festlegungen verbessert werden kann, damit auch jede und jeder weiß, wie muss ich mich verhalten, wie kann ich mich verhalten, welche Einschränkungen gibt es. Denn geschieht das nicht, meine sehr verehrten Damen und Herren, werden die Mutmaßungen, Spekulationen, Falschmeldungen und Empörungen in den sozialen Netzwerken weiter zunehmen und die Einsicht in die Notwendigkeit der Corona-Maßnahmen sinkt. Dass Letzteres nicht zielführend ist, wissen hier im Raum wohl fast alle.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, zusammengefasst lautet die Position meiner Fraktion klar und deutlich: Neben der Verlängerung der bisherigen Regelungen und den zusätzlich vorgegebenen Maßnahmen muss dringend dafür Sorge getragen werden, dass die geltenden Maßnahmen konsequent umgesetzt und kontrolliert werden können. Weitergehende Verschärfungen im privaten Bereich lehnen wir ab. Die Hilfen für von ihrer Existenz bedrohte Unternehmen, Kulturschaffende und Soloselbstständige müssen endlich zügig ausgereicht werden. Es ist doch ein Witz, wenn im Januar Novemberhilfen ausgezahlt werden. Bürokratische Hürden sind abzubauen, Familien brauchen wesentlich stärkere Unterstützung.

Die höchsten Güter bei der Bekämpfung der Corona-Pandemie sind das Verständnis der Bürgerinnen und Bürger für die einschränkende Maßnahmen und die Bereitschaft, diese umzusetzen. Um das nicht zu verspielen, liebe Kolleginnen und Kollegen, braucht es endlich mittel- und langfristige Strategien für die Zeit danach, die nicht die Rückkehr zur alten Normalität sein kann und darf. Es ist höchste Zeit,

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE)

es ist höchste Zeit, dass wir uns damit hier im Landtag beschäftigen. Regierungserklärungen und Landtagsdebatten im 14-Tage-Rhythmus zur Fortschreibung von Corona-Verordnungen sind wichtig und richtig und von uns auch eingefordert, ein Strategie-Ersatz, um Licht am Ende des Tunnels erkennbar werden zu lassen, sind diese jedoch nicht. – Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Vielen Dank, Herr Abgeordneter!

Das Wort hat jetzt für die Fraktion der AfD der Fraktionsvorsitzende Herr Kramer.

Nikolaus Kramer, AfD: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Liebe Landsleute! Am 22. März 2020, knapp zwei Monate nach dem ersten Nachweis von SARS-CoV-2 auf deutschem Boden, einigten sich Bund und Länder auf erste Maßnahmen zur Bekämpfung der Ausbreitung des Corona-Virus. Seit diesem Zeitpunkt hat sich in der Bundesrepublik Deutschland eine handfeste Krise entwickelt, ausgelöst durch gravierende politische Fehlentscheidungen vonseiten der Bundes- und Landesregierung. Die einzige erkennbare Strategie der politischen Verantwortungsträger bis heute besteht in einer Aneinanderreihung von Lockdowns, deren Wirksamkeit in der Wissenschaft immer umstrittener ist. Aus diesem Grunde bringt meine Fraktion ja hier einen Antrag ein, der vorhin durch meinen Parlamentarischen Geschäftsführer Professor Weber vorgestellt worden ist. Und all dies, immer wieder ohne wissenschaftliche Evidenz verordnete Maßnahmen, unterstreicht einzig und allein die Hilflosigkeit sowie den politischen Aktionismus von Angela Merkel und den Ministerpräsidenten und deren Unfähigkeit zu einer seriösen Fehleranalyse.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Von einem wirksamen Gesundheitsschutz kann hier also nicht die Rede sein.

Durch die Umsetzung der geplanten Maßnahmen meiner Fraktion könnte das Gleichgewicht zwischen dem notwendigen Gesundheitsschutz, dem Wiederherstellen von Grund- und Freiheitsrechten und eine deutliche Verringerung des weiteren wirtschaftlichen Schadens erreicht werden. Nicht zu vergessen sind die seelische und körperliche Gesundheit der Bürger, welche durch den Lockdown Schaden nehmen und durch den Erhalt des öffentlichen Lebens wiederhergestellt würden. Vereinsamungstendenzen in der Gesellschaft, insbesondere bei den Jüngsten unserer Gesellschaft, unseren Kindern, muss ebenso entgegengewirkt werden wie einer drohenden Verarmung.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Und genau aus diesem Grunde kommen wir gar nicht umhin, den Lockdown sofort zu beenden. Die erhobenen wissenschaftlichen Zahlen haben bewiesen, dass der Lockdown vulnerablen Gruppen keinen Schutz bietet, nachfolgende Generation mit kaum bezahlbaren Schulden belastet und ganze Wirtschaftszweige irreparabel schädigt.

(Beifall Dr. Ralph Weber, AfD)

In allen Einrichtungen und Betrieben des kulturellen, wirtschaftlichen und sozialen Lebens, in denen die Hygieneregeln umgesetzt werden, muss sofort eine Öffnung erfolgen. Fortbestehende Maßnahmen sind ständig zu überprüfen, vorab den Parlamenten vorzulegen, gegenüber der Öffentlichkeit zu rechtfertigen und zum schnellstmöglichen Zeitpunkt aufzuheben.

Die aktuellen Bestimmungen über zu öffnende und zu schließende Einrichtungen folgen keiner nachvollziehbaren Logik des Infektionsschutzes. Professor Weber hat es vorhin auch schon angesprochen. Und auf die Frage, wo er denn die Zahlen herhätte, Herr Krüger, kann ich Ihnen sagen: Wir machen noch die Nachverfolgung. Das LAGuS liefert uns die Zahlen, die Gesundheitsämter liefern uns die Zahlen. Sie könnten sie liefern, wenn man denn wollte, das ist richtig.

(Thomas Krüger, SPD:
Es wird nicht festgestellt,
wo die Ansteckung war!)

Und daher können wir Ihnen ...

(Thomas Krüger, SPD: Das ist falsch!)

Daher können wir ...

(Thomas Krüger, SPD:
Schlichtweg falsch!)

Ach, dann verbreitet also auch das RKI Ihrer Meinung nach falsche Zahlen, ja?

(Thomas Krüger, SPD: Das ist falsch,
was Sie sagen! Noch mal!)

Wir haben doch, wir haben doch gesicherte Daten, dass eben genau nicht in Restaurants und Gastronomieeinrichtungen wir hohe Infektionsraten haben. Und wir haben doch auch die Zahlen, dass eben genau nicht in Kinos sich die Leute infizieren.

(Thomas de Jesus Fernandes, AfD:
Genau das macht das Gesundheitsamt.)

Wir haben doch die Zahlen, dass die Infektionsrate eher im privaten Raum stattfindet als in den durch die Regierungen geschlossenen Einrichtungen. Und daher fordern wir die unverzügliche Öffnung von Hotels, Pensionen, gastronomischen Einrichtungen und Veranstaltungsstätten, Einrichtungen des Einzel- und Fachhandels, Dienstleistungsgeschäften und Unternehmen, Einrichtungen des religiösen Lebens sowie Gotteshäusern. Wir fordern die Öffnung von Theatern, Opern-, Konzerthäusern, Museen, Galerien, Ausstellungen, Bibliotheken und anderen kulturellen Einrichtungen. Insbesondere fordern wir die Öffnung der Bildungseinrichtungen, die Öffnung von Sportvereinen, Sportstätten sowie Fitness- und Kosmetikstudios, allen Dienstleistungsbetrieben für die Körperpflege und zu guter Letzt Zoos und Tierparks, sofern sie die Einhaltung der Hygienevorschriften jederzeit gewährleisten können.

Es ist doch einem Einzelhändler nicht vermittelbar, dass der sein kleines Ladengeschäft in einer kleinen Innenstadt hier im beschaulichen Mecklenburg-Vorpommern nicht öffnen darf, aber auf der anderen Straßenseite ist der Supermarkt, wo sich die Leute hingegen aufhalten dürfen. Also das sieht man ja auch an der Ausweitung des Angebotes, dass also immer mehr Supermärkte zu Non-Food-Produkten umsteigen und wir dort quasi in einem Supermarkt oder im Discounter die Waren über den täglichen Bedarf hinaus erwerben können. Und das ist doch ein völliger Irrsinn! Und wie gesagt, auf der anderen Seite steht der Einzelhändler mit seiner kleinen Modeboutique und kann nicht seine Handtaschen ver-

kaufen oder kann seine Kleidung nicht verkaufen oder, oder, oder, oder, oder.

(Dr. Mignon Schwenke, DIE LINKE:
Das ist keine neue Erscheinung.
Was erzählt er denn für einen
Unsinn? Das war schon vorher so!)

Also muss die Regierung dafür Sorge tragen, dass die notwendigen Hilfszahlungen so schnell wie möglich und unbürokratisch geleistet werden und auch bei dem entsprechenden Empfänger ankommen. Das zu dem Punkt, dass wir die Hilfen viel schneller auszahlen müssen und es eben auch nicht sein kann, so, wie das auch der Kollege Waldmüller vorhin hier schon ansprach, dass das Land in Vorkasse gehen muss. Wenn der Bund sagt, wir helfen, dann muss die Hilfe eben auch dementsprechend schnell ankommen.

Dann haben wir den Punkt, dass wir insbesondere die vulnerablen Gruppen schützen müssen. Es kam hier auch schon in der Regierungserklärung durch und auch bei den anderen Redebeiträgen, dass eben ältere und besonders gefährdete Menschen in den Fokus dieser Schutzmaßnahmen genommen werden. Und aus diesem Grunde fordern wir für diese vulnerablen Gruppen bestimmte Einkaufszeiten, Einkaufszeiten für Ältere und Vorerkrankte im Lebensmittel- und im Einzelhandel, damit sich eben diese Bürger keinem erhöhten Risiko einer Erkrankung aussetzen müssen.

In Fitnessstudios, Friseur- und Kosmetikstudios und weiteren Einrichtungen der Körperpflege sollen im Rahmen einer freiwilligen Selbstverpflichtung ebenso gesonderte Zeiten für die genannten Gruppen gelten. Das ist uns als freiheitliche Partei im Übrigen bei allen unseren Maßnahmen wichtig und auch bei allen Maßnahmen, die durch die Landesregierung beschlossen werden, dass wir auf Freiwilligkeit setzen. Aber dazu komme ich dann später noch mal, wenn wir zum Impfen kommen.

Darüber hinaus müssen diese verletzlichen Gruppen vor überfüllten öffentlichen Verkehrsmitteln geschützt werden. Das ist ja auch eine Forderung, die im Antrag der Linksfraktion gestellt wird. Eine Möglichkeit hierfür sind Taxigutscheine, die für die vulnerablen Gruppen kostenfrei zur Verfügung gestellt werden können, oder eben das noch weitere Einsetzen von Rufbussen.

Wie schon eben angesprochen und auch durch meinen Kollegen Professor Weber, eine direkte oder indirekte Impfpflicht lehnen wir entschieden ab. Wir lehnen die sogenannten Privilegien für Geimpfte sowie Benachteiligung von Nichtgeimpften ab. Grundrechte stehen allen Bürgern dieses Landes zu, egal ob nun geimpft oder ungeimpft.

(Beifall Thomas de Jesus Fernandes, AfD)

Bei der pharmazeutischen Forschung und Entwicklung darf sich die Bundesregierung nicht allein auf die EU und internationale Impfstoffkooperationen verlassen. Aber man hat ja jetzt einen Forschungspakt geschlossen auf Landesebene. Das freut mich besonders, dass unsere Universitäten und Hochschulen hier eine Zielvereinbarung treffen konnten. Die Versorgung der Bevölkerung mit medizinischen Produkten in Krisenzeiten ist jederzeit und unverzüglich sicherzustellen. Nationale Interessen müssen bei der Förderung von Forschung und Entwick-

lung wieder stärker berücksichtigt werden, um zeitnah eine ausreichende Menge an Impfdosen und Medikamenten zur Verfügung zu haben. Impfungen sind nur eine Möglichkeit, Viren zu bekämpfen.

Darüber hinaus unterstützen wir die Forschung an einer geeigneten medikamentösen Behandlung. Für Bürger, die sich freiwillig impfen lassen wollen, muss die Bundesregierung, und hier in diesem Fall die Landesregierung, ausreichend Impfstoff zur Verfügung stellen. Die Risiken und Nebenwirkungen einer Impfung und auch deren Wirksamkeit müssen transparent und ausführlich dargestellt werden.

(Beifall Thomas de Jesus Fernandes, AfD)

Zusammenfassend kann man also sagen: Wir reißen einen Lockdown an den anderen. Wir begrüßen es und finden es auch gut, dass die Zahlen runtergehen, jedoch ist fraglich, ob die Zahlen aufgrund der verschärften Maßnahmen runtergehen,

(Beifall Horst Förster, AfD)

weil auch dafür gibt es keine evidenten Nachweise, dass kann ja auch an anderen Faktoren liegen wie an Wetterkapriolen oder, oder, oder. Und es ist festzustellen, dass wir, ...

(Thomas Krüger, SPD: Sie machen noch ganz andere Kapriolen, habe ich den Eindruck! Mann, Mann, Mann!)

Meinen Sie?

... dass wir oder dass hier in dieser, in der Landesregierung einfach die Sommerpause verschlafen worden ist.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Wir erleben keinen Fortgang bei den Problemen in der Schule. Wir erleben ...

(Thomas Krüger, SPD: Wo sind Sie denn gewesen in der Zeit? Haben Sie nicht mitbekommen in der Zeit, was hier passiert ist?)

Oh, natürlich habe ich das mitbekommen, Herr Krüger!

(Thomas Krüger, SPD: Na dann haben Sie das nicht mitbekommen. Was Sie erzählen, ist doch falsch!)

Aber das, was beschlossen wurde, die ständigen Lockdowns, die zeigen doch, dass die Zahlen einfach nicht runtergehen

(Thomas de Jesus Fernandes, AfD: Ihre SPD hat geschlafen! Den ganzen Sommer!)

und dass wir irgendwann mal auch an dem Punkt ankommen müssen, dass wir uns nur schützen können, wenn wir mehr testen, wenn wir ...

(Thomas Krüger, SPD: Getestet wird ungefähr auf gleichem Niveau.)

Nee, die stellen doch immer ab auf „wir müssen“, „wir müssen“! Wir könnten, das hat Herr Professor Weber auch gesagt, wir könnten doch die vulnerablen Gruppen nur schützen, indem wir eben mehr testen und auf die Kontaktvermeidung setzen, aber nicht durch diese harten Lockdowns, nicht durch das An-die-Wand-Kesseln der Wirtschaft in unserem Land. – Herzlichen Dank!

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Vielen Dank, Herr Fraktionsvorsitzender!

Das Wort hat jetzt der fraktionslose Abgeordnete Herr Arppe.

Holger Arppe, fraktionslos: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Damen und Herren Abgeordnete! In dem Roman von George Orwell „1984“ werden die totalitären Lebensumstände der Bevölkerung von den Regierenden mit einem nicht enden wollenden Krieg begründet, der immer so ständig vor sich hin läuft. Und man hat inzwischen ja auch den Eindruck, was diese Pandemie angeht, dass der Eindruck erweckt werden soll, dass es eigentlich nie wieder eine Rückkehr zum normalen Leben so richtig geben wird bis zu dem Punkt, wo denn das Virus endgültig besiegt sein wird. Und damit wird der Bevölkerung ja ein völlig falscher Eindruck letztendlich vermittelt, denn dieses Virus wird ja nie verschwinden. Es wird ja nie den ultimativen Endsieg über das Corona-Virus geben, sondern dieses Virus, es wird auch immer weiter mutieren, das haben wir ja inzwischen auch gelernt.

Viren neigen ja dazu, ständig zu mutieren. Und auch diese gegenwärtigen Mutationen, mit denen die Ministerpräsidentin die aktuellen Maßnahmen ja begründet hat zum Teil, ja, gut, diese Mutationen gibt es, aber nach allem, was die Wissenschaft herausgefunden hat, ist diese Mutation zwar etwas ansteckender, aber dafür im Krankheitsverlauf, so es denn überhaupt dazu kommt, wesentlich harmloser.

(Dr. Mignon Schwenke, DIE LINKE:
Was der für ein Zeug erzählt!)

Ich denke, was viel wichtiger ist, ist, nicht darauf zu schauen, ob diese Corona-Geschichte irgendwann einmal verschwunden sein wird, sondern sich darauf zu fokussieren, dass wir lernen, mit Corona ein Stück weit auch zu leben, so, wie wir auch gelernt haben, beispielsweise mit der Grippe zu leben. Die Grippe ist ja auch nicht verschwunden, die ist da, man hat sie aber ein Stück weit in den Griff bekommen. Wir haben gelernt, mit der Grippe umzugehen. Und das, denke ich, sollte auch der Fokus sein in Bezug auf Corona. Und da haben Sie in der Tat sehr viel Zeit verschlafen, denn es ist ja überhaupt nichts getan worden. Es sind keine Konzepte, Maßnahmen, Strategien entwickelt worden, um mit Corona zurechtzukommen,

(Zuruf von Thomas Krüger, SPD)

um mit Corona zurechtzukommen ohne Lockdown, ohne diese ganzen Einschränkungen der Bürgerrechte, der Grundrechte und auch des Wirtschaftslebens.

Und noch ein Wort zur Impfung: Da lohnt vielleicht – es wurden ja schon einige Ideen da geäußert, wie man das den Menschen erleichtern kann, geimpft zu werden –, da

lohnt vielleicht doch mal ein Blick in die Vergangenheit. In der DDR gab es ja in den 50er-Jahren diese Röntgenzüge. Da sind Fahrzeuge über Land gefahren und haben überall, selbst in den kleinsten Dörfern, die Menschen geröntgt wegen Tuberkulose, um diese Krankheit seinerzeit zu bekämpfen, in den Griff zu bekommen. Das wäre vielleicht auch mal meine Idee, Impfzüge über das Land zu schicken, um die Menschen, die das wollen, dann einfach und problemlos impfen zu können. – Vielen Dank!

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Ums Wort gebeten hat jetzt für die Fraktion der AfD der Abgeordnete ...

Ich sehe gerade, Herr Förster zieht zurück. Dann hat jetzt das Wort für die Fraktion der SPD der Fraktionsvorsitzende Herr Krüger.

(Rainer Albrecht, SPD: Es wird hell,
Thomas, die Sonne kommt raus!)

Thomas Krüger, SPD: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ziel ist es und Ziel wird es bleiben, dass wir das Leben, was wir vor Corona kannten, wieder zurückbekommen. Ziel ist es auch, die Beschränkungen, die wir haben, wieder aufzuheben, und zwar alle Beschränkungen, die wir rund um Corona erlassen haben, wieder aufzuheben. Ziel ist es, alle grundgesetzlich verbrieften Rechte, dass die wieder vollumfänglich gelten. Das steht über allem, meine Damen und Herren!

Viele Menschen arbeiten momentan mit Hochdruck daran, dass wir genau diese Ziele erreichen können. Ich möchte mich bei genau diesen Menschen ganz herzlich bedanken. Ein zweiter Dank gilt ausdrücklich all jenen Menschen bei uns im Land, die sich den Beschränkungen, die wir auferlegen müssen, an diese Beschränkungen halten und mit ihrem Verhalten dafür sorgen, dass die Pandemie im Griff gehalten werden kann.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, am Ende brauchen wir so etwas wie einen gesellschaftlichen Konsens. Dieser gesellschaftliche Konsens ist in vielen Bereichen der Gesellschaft notwendig, wenn es um Regeln geht. Nehmen Sie beispielsweise den Straßenverkehr. Wenn Sie irgendwo an einer Schnellstraße plötzlich ein 30-km/h-Feld einführen, dann wird es keinen breiten gesellschaftlichen Konsens geben. Wenn Sie das vor der Grundschule machen, dann gibt diesen breiten gesellschaftlichen Konsens. Und genau diesen breiten gesellschaftlichen Konsens brauchen wir auch bei den Corona-Maßnahmen.

Meine Damen und Herren, deswegen war es richtig, dass die Ministerpräsidentin die gesellschaftlichen Kräfte dieses Landes zusammengekommen hat und im Corona-Gipfel regelmäßig die Dinge bespricht. Und das sind keine Sitzungen – Videoschalten sind es ja in der Regel –, die einfach sind. Das können dann schon mal Schalten sein, die zehn Stunden lang gehen, wo dann auch sich ausgetauscht wird, welche Maßnahmen, welche Ideen, welche Erfahrungen wo gesammelt worden sind. Und hier sind, von den Kirchen über Gewerkschafter, über Arbeitgeber, Wohlfahrtsverbände, Wissenschaftler, Landräte, Oberbürgermeister, die Ministerinnen und Minister, sehr viel, sehr breit gesellschaftliche Kräfte vertreten.

Wenn wir wollen, dass andere gesellschaftliche Kräfte und mehr eingebunden werden, dann würde ich vorschlagen, dass wir uns darüber verständigen, inwieweit wir in dem MV-Gipfel weitere Gremien haben, wo wir extra noch mal beraten und die Beratungen dann hier einfließen. Denn wenn Sie denn diesen MV-Gipfel deutlich aufblähen, heißt es am Ende, dass diese 10-Stunden-Sitzungen auch in zehn Stunden nicht mehr geschafft werden, dass man das wird teilen müssen. Es wird alles miteinander noch schwieriger.

Unterm Strich ist mir aber wichtig, meine Damen und Herren, dass wir hier daran arbeiten, dass wir den gesellschaftlichen Konsens weiter halten in dieser Gesellschaft. Und dieser Konsens scheint ja auch da zu sein, wenn wir uns die aktuellen Umfragen der „Ostsee-Zeitung“ anschauen. Wichtig ist mir auch, dass nach jedem dieser Gipfel oder vor jedem Gipfel mit der Bundeskanzlerin dieser MV-Gipfel tagt, damit die Dinge festgelegt werden, wie die Ministerpräsidentin da reingeht, und dass im Anschluss daran die Ministerpräsidentin und der Gesundheitsminister in aller Regel auch die Fraktionsvorsitzenden informieren. Auch da werden Anregungen aufgenommen, werden Vorschläge gemacht.

Und, meine Damen und Herren, wir haben es bisher immer geschafft, dass die drei Landtagsfraktionen sich weitgehend einig waren über die Maßnahmen, die hier getroffen werden sollen. Und wenn ich den Antrag der LINKEN sehe und den Antrag der Koalitionsfraktionen sehe, dann stelle ich fest, dass auch hier weitgehend ein Konsens erreicht ist. Und dieses konstruktive Arbeiten miteinander, das würde ich gerne fortsetzen. Dass es darüber hinaus immer auch Anregungen und Vorschläge gibt, das ist richtig, das ist gut, das gehört dazu, aber ich würde gerne dieses konstruktive Arbeiten miteinander fortsetzen.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD)

Dass das aufgrund der konträren Positionen mit der Rechtsaußenfraktion hier in den letzten Monaten nicht möglich war, das ist hinlänglich bekannt. Ich persönlich bedauere, dass gerade in diesen schwierigen Zeiten ein breiter Konsens hier im Landtag nicht möglich war. Richtig ist, dass nach einem Jahr Einschränkungen, meine Damen und Herren, viele Menschen bei uns im Land die Nase voll haben davon. Das gehört zur Wahrheit. Und wenn ich hier im Saal herumfrage, geht ganz vielen Menschen auch hier im Saal das so. Das ist so. Wir wollen uns wieder mit Freunden treffen, tanzen gehen, Urlaub machen, ins Theater gehen, ins Kino gehen und all die Sachen, die das Leben schön machen. Das ist nachvollziehbar.

Und genau das machen sich Populisten zu eigen und bieten hier einfache Scheinlösungen an. Und wenn wir uns den Antrag der AfD mal anschauen, dann geht es genau um diese Scheinlösungen. Es geht darum, dass man sagt, macht die Gesellschaft wieder auf und schützt die Alten besonders. Ja, da frage ich mich: Was machen wir die ganze Zeit?! Wir schützen momentan die Älteren, die gefährdeten Bevölkerungsgruppen besonders.

(Dr. Ralph Weber, AfD: Aber falsch!)

Wir versuchen ...

Ich höre hier gerade „falsch“ und gehe gerne darauf ein.

Wir versuchen möglichst, dass sie Kontakt zur Außenwelt haben, aber möglichst nicht mit dem Virus in Verbindung kommen können. Und jetzt kommen Sie und sagen uns, eröffnet aber breit die Gesellschaft. Und dann macht ihr Folgendes: Dann führt Ihr irgendwelche Zeiten ein, wo die dann ins Kino gehen können, in den Einkaufsläden, in was weiß ich was. Ja, sagen Sie mal, wie soll denn das gehen?! Die Bevölkerung, wenn wir öffnen, wissen wir, dass das Virus mehr läuft. Das heißt, die Verkäuferin – zu einer bestimmten Zeit kommen die Älteren –, die ist weiter gefährdet. Das heißt, die Wahrscheinlichkeit, dass die sich angesteckt hat, ist größer geworden. Bei der Reinigungskraft ist genau das Gleiche. Und so können Sie jeden Kontakt, der dann stattfindet, hochrechnen und potenzieren die Gefahr dessen, dass die Älteren sich anstecken.

Genau das wollen wir nicht. Deswegen ist Ihr Plan kein Plan. Sie würden das Virus laufen lassen. Sie würden am Ende die Gefahr, dass die älteren Menschen sich anstecken, potenzieren. Und, meine Damen und Herren, das wollen wir nicht! Das sind einfache Lösungen. Letztlich würden das Menschen mit ihrem Leben bezahlen. Deswegen werden wir das nicht mitmachen!

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD, CDU und DIE LINKE)

Und, meine Damen und Herren, Ihr Kampf gegen die Dinge, die hier vernünftigerweise jeweils gemacht werden, ich will antworten auf das, was Herr Arppe gesagt hat. Der hat hier gesagt, ihm kommt das vor wie bei George Orwell. Mir kommt dieser Kampf, den Sie machen, eher vor wie das, was die Helden in dem berühmten Buch machen von Miguel de Cervantes. Jeder, der mal nachliest, der weiß, was da passiert.

Meine Damen und Herren, das, was die Rechtsaußenfraktion hier darstellt, das kommt mir so ein bisschen vor wie die Blaupause dessen, was in den USA und in Brasilien passiert, wo die Regierenden die Gefahr dieses Virus nicht ernst genommen haben,

(Thomas de Jesus Fernandes, AfD:
Die USA ist mit sechs Millionen Impfdosen
wesentlich bessergestellt als
die Bundesrepublik!)

wo Menschen sich angesteckt haben, weil es keine oder nur unzureichende Schutzmaßnahmen der jeweiligen Regierung gegeben hat, und wo Menschen schließlich in großer Zahl gestorben sind. Ich fand das sehr bewegend, wie der neue amerikanische Präsident eine Zeremonie abgehalten hat für die verstorbenen Menschen bei der Corona-Krise. Und ich bin sehr froh, dass der wilde Mann nicht mehr im Oval Office ist.

(Thomas de Jesus Fernandes, AfD: Mumie!)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wenn wir über die Maßnahmen reden und Entscheidungen treffen müssen, müssen wir uns immer vor Augen halten, was für Ziele dahinter sind. Was steht über allem? Über allem steht, wir wollen schwere Krankheitsverläufe und Todesfälle verhindern, und wir wollen, dass das Gesundheitssystem nicht überlastet ist. Das waren die Ziele im März letzten Jahres und sind auch heute die Hauptziele. Aber anders als im März gibt es jetzt am Ende des Tunnels Licht, denn wir wissen, wir haben Impfstoffe, denn schwere

Krankheitsverläufe haben, nicht nur, aber vor allem ältere Menschen. Deswegen ist es richtig, diese zuerst zu impfen. Dabei gibt es ja auch schon Erfolge. Wir werden Ende Januar alle Menschen, die dies wollten, in den Alten- und Pflegeheimen das erste Mal geimpft haben.

Ich habe mich sehr gefreut, als am Montag die Landräte und Oberbürgermeister im MV-Gipfel berichtet haben, dass in Seniorenheimen, in denen geimpfte Menschen wohnen, dass da das Virus aufgetreten ist, aber niemand von den bereits geimpften Menschen ernsthaft erkrankt ist. Das heißt, meine Damen und Herren, die Impfungen wirken! Das heißt aber auch, dass wir mehr und schneller impfen müssen.

Und ich halte es für gefährlich, was hier Herr Professor Weber gesagt hat über den Impfstoff, denn wir wissen, dass der Impfstoff alle Ebenen durchlaufen hat. Und, Herr Professor Weber, wer sich ein bisschen mit Pharmalogie, Pharmatologie beschäftigt,

(Thomas de Jesus Fernandes, AfD:
Der kann ja nicht mal das Wort aussprechen!)

der weiß, dass heute in Medizintechnik sehr breit der Einsatz von gentechnisch veränderten Impfstoffen da ist. Und hier sich hinzustellen und das als Gefahr hinzustellen, heißt am Ende, Panik zu schüren.

(Zuruf von Dr. Ralph Weber, AfD)

Das weise ich in aller Form zurück!

(Dr. Ralph Weber, AfD: So ein Blödsinn! –
Zuruf von Thomas de Jesus Fernandes, AfD)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich habe den Eindruck, wir befinden uns hier in einem Wettbewerb.

(Thomas de Jesus Fernandes, AfD:
Die bekommen die zweite Dosis
im Januar nicht verabreicht! Toll!)

Auf der einen Seite haben wir ein mutiertes Virus, das eine deutlich höhere Ansteckungsrate hat und droht, die Gesellschaft zu lähmen, und auf der anderen Seite müssen wir schneller werden mit dem Impfstoff, um die Menschen zu schützen. Deshalb ist es richtig, hier auch weitere kritische Fragen zur Einkaufspolitik der EU zum Impfstoff zu stellen,

(Thomas de Jesus Fernandes, AfD:
Das wollen Sie doch gar nicht!
Sie wollen doch gar keine Kritik!)

und deshalb ist es auch richtig, so kritisch bei der Bundesregierung nachzufragen, warum das dort nicht besser funktioniert hat.

(Thomas de Jesus Fernandes, AfD:
Sie hassen doch Kritiker!)

Und deshalb ist es wichtig, meine Damen und Herren, dass wir die Impfstoffproduktion hochfahren. Wo, wenn nicht in einem Hochtechnologieland wie Deutschland, sollte das möglich sein?

Deshalb ist es auch richtig, und das haben wir in unserem Antrag ja auch festgeschrieben, dass, sobald mehr Impf-

stoff zur Verfügung steht, wir auch dezentral impfen können. Soweit ich informiert bin, wird die EMA noch in diesem Monat entscheiden, ob der Impfstoff von AstraZeneca zugelassen wird. Wenn der Impfstoff von AstraZeneca zugelassen ist, wird dieser auch einfacher zu impfen sein, weil einfach diese Niedrige-Temperatur-Lagerung hier nicht nötig ist. Ich denke, dann werden wir an dieser Stelle auch weiterkommen.

Klar ist, Impfen rettet Leben, Impfen ist der Schlüssel, der uns die Tür zu einem normalen Leben wieder öffnet. Bis wir diesen Schlüssel ausreichend weit im Schloss drehen können, gilt es, dafür zu sorgen, dass wir den Wettlauf mit dem mutierten Virus möglichst gewinnen. Deshalb ist es wichtig und deshalb ist es richtig, wegen der deutlich höheren ansteckenden Virusmutationen mit dem weiter hohen Infektionsrisiko die bisherigen Einschränkungen beizubehalten und bis zum 14. Februar zu verlängern. Und die Regelung geht in einigen Punkten ja auch weiter.

Das Thema Homeoffice ist hier angesprochen. Homeoffice, wo immer möglich! Und ja, wir Sozialdemokraten stehen dafür, wir wollen, das überall da, wo es möglich ist, Homeoffice gemacht wird. Und wenn das so eine breite Akzeptanz findet, wie Herr Waldmüller hier sagt, dann muss ja auch niemand Angst davor haben, wenn man da das überprüfen kann.

Meine Damen und Herren, dazu die Reduktion der Infektionsgefahr durch das Tragen von medizinischen Masken, und da, wo es geht, auch das Tragen, wo Menschen sich näher kommen, auch das Tragen von FFP2-Masken. Und ganz wichtig, das ist die erste Regel, Abstand halten, wo immer möglich! Dafür appelliere ich auch an die Menschen. Die Strategie dahinter ist übrigens, dass wir alle gemeinsam und solidarisch durch die Krise kommen und dass niemand alleingelassen wird, egal, ob alleinerziehend im Homeoffice, ob Ladenbesitzer in der Einkaufsstraße, ob Mittelständler, mittelständischer Unternehmer, ob Schauspieler oder Eventmanager, meine Damen und Herren!

Und wir wissen, dass die Pandemie für viele Firmen eine Zumutung ist. Es ist wichtig, dass diese Hilfen immer schnell kommen. Der Bund hat sich aus meiner Sicht hier nicht mit Ruhm bekleckert. Vor diesem Hintergrund ist es richtig und gut, dass wir jetzt insbesondere bei Unternehmen, die in Schieflage geraten sind, unkompliziert als Land in Vorleistung gehen. Das begrüße ich ausdrücklich. Ich begrüße auch ausdrücklich, dass wir hier eine Taskforce gegründet haben, wo Unternehmerinnen und Unternehmer und Gewerkschaftsvertreter vertreten sind. Das ist richtig, das ist gut. Wir müssen das schützen, was hier 30 Jahre an Wirtschaftsleistung aufgebaut worden ist.

(Thomas de Jesus Fernandes, AfD:
Das habt ihr schon kaputt gemacht!)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, in den Medien war davon die Rede, dass es Streit gegeben hätte zwischen der Bundeskanzlerin und den Ministerpräsidenten. Letztlich ist es ja so, dass wir immer alle Maßnahmen abwägen müssen, welchen Nutzen auf der einen Seite, welchen Schaden auf der anderen Seite sie haben. Und ich bin unserer Ministerpräsidentin auch vor diesem Hintergrund sehr dankbar, dass sie den hier verabredeten Kurs für Kitas und Schulen auch weiterhin vertreten hat. Wir wollen, dass Kinder möglichst zu Hause bleiben. Wir

wissen aber, dass das nicht überall möglich ist. Deshalb ist unsere Regelung eine, die ich für die jetzige Situation ausdrücklich unterstütze.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD)

Ebenso unterstütze ich ausdrücklich, dass die Abschlussklassen für ihre Prüfungsvorbereitung in die Schulen gehen können. Wir wollen, dass am Ende des Schuljahres vernünftige Abschlüsse gemacht werden können, Abschlüsse, die leistungsgerecht sind und die eine weitere Bildungs- und Berufslaufbahn ermöglichen.

(Thomas de Jesus Fernandes, AfD:
Das wird schwer!)

Meine sehr geehrten ...

Ja, wird schwer, höre ich da von hier drüben.

(Zuruf von Thomas de Jesus Fernandes, AfD)

Ihre Vorschläge waren lediglich die: Lasst die Masken weg! Macht die Gesellschaft auf! Lasst das Virus laufen!

(Zuruf von Thomas de Jesus Fernandes, AfD)

Dann würde zwar Max einen guten Abschluss haben, aber Oma und Opa wären gestorben! Das ist Ihre Politik!

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD –
Zuruf von Thomas de Jesus Fernandes, AfD)

Meine Damen und Herren, meine Vorredner haben schon gesagt, das mutierte Virus bietet eine noch deutlich größere Gefahr, eine deutlich größere Gefahr, die wir immer im Blick behalten müssen, denn das Virus breitet sich in Europa aus. Die „Neue Zürcher Zeitung“ schrieb dazu etwas, was mich sehr beeindruckt hat, und das würde ich Ihnen gerne zitieren: „Noch Anfang Dezember verzeichnete Irland eine der niedrigsten Corona-Infektionsraten in ganz Europa. Doch seit Weihnachten schiessen die Zahlen plötzlich nach oben und erreichen im weltweiten Vergleich sogar Rekordwerte. Innerhalb von wenigen Wochen wurde Irland in der Corona-Pandemie vom Musterknaben zum Sorgenkind. Die Infektionszahlen waren von rund 150 neuen Fällen pro Tag Anfang Dezember 2020 auf über 8.000 nach der ersten Januarwoche geradezu explodiert.“

Meine Damen und Herren, von 150 Fällen auf 8.000 innerhalb von fünf Wochen! Da sollten wir aufpassen, das darf uns nicht passieren!

Meine Damen und Herren, bei aller Gefahr und Vorsicht, gerade vor dem Hintergrund der Mutationen, ist aber auch klar, dass wir, nachdem jetzt geimpft wird, im Laufe des Jahres einen Plan für den Ausstieg aus den Maßnahmen brauchen. Unser jetziger Plan des Ampelsystems mit seinen strengen Maßnahmen war und ist für die jetzige Situation gut und richtig. Wir sind gut damit gefahren. Ich glaube aber, dass dieser Plan nicht bis zum Ende der Pandemie tragen wird, denn die Anzahl der Infektion wird an Bedeutung verlieren, wenn die infizierten Menschen aufgrund der Impfung nicht mehr erkranken. Hier werden wir in den nächsten Monaten die Entwicklung genau beobachten und gemeinsam mit der Landesregierung diskutieren, wie dann die Gesellschaft wieder schrittweise geöffnet werden kann.

Meine Damen und Herren, wir haben den Schlüssel für das Ende der Pandemie jetzt endlich in der Hand mit dem Impfen. Wir müssen jetzt aber durchhalten und weiterhin vernünftig sein, um diese Tür auch unbeschadet öffnen zu können. Deshalb appelliere ich an die Menschen in unserem Land: Nehmen Sie die Maßnahmen weiter ernst! Halten Sie sich an die Beschränkungen! Wir kommen gemeinsam durch die Pandemie und werden zu unserem bisherigen Leben zurückkehren, dessen bin ich mir sicher. – Herzlichen Dank!

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD und CDU)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Vielen Dank, Herr Fraktionsvorsitzender!

Ums Wort gebeten hat jetzt für die Fraktion der AfD der Abgeordnete Herr Förster.

(Vizepräsidentin Dr. Mignon Schwenke
übernimmt den Vorsitz.)

Horst Förster, AfD: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Werte Abgeordnete! Liebe Landsleute! Ich glaube, die Ministerpräsidentin fing an mit dem Satz: „Corona hat uns weiterhin im Griff.“ Den hatte ich bei mir genauso auch stehen. Damit möchte ich also auch anfangen. Ja, es ist so, in der Tat, aber ich denke, die Kernbegründung für die Verlängerung, die die Ministerpräsidentin lieferte, war nun dieses merkwürdige mutierte Virus. Jedenfalls war das der wesentliche Punkt, obwohl man letztlich davon sehr wenig weiß. Auch hier wird so getan in der Debatte, als ob dieses Virus in allen Facetten bekannt wäre. Wenn man etwas recherchiert, dann weiß man nur, dass man da vieles noch nicht weiß, insbesondere, was die Auswirkungen auf unser Land hier betrifft. Das ergibt sich ja auch daraus,

(Zuruf von Thomas Krüger, SPD)

dass die Ministerpräsidentin darauf hinwies, dass eine Sequenzierung hier im Lande erforderlich ist, um sich erst mal ein Bild zu verschaffen, wie das Virus wirkt und wie es insbesondere sich hier, ob und in welchem Umfang es sich hier in unserem Lande tummelt.

Also ich will die Kontrollfrage stellen, die ist auch ganz einfach zu beantworten: Wenn es dieses mutierte Virus nicht gäbe, würde sich dann an der Verlängerung des Lockdowns irgendetwas ändern? Was hätten Sie gelockert? Und wenn Sie ehrlich sind, Sie hätten nichts geändert, denn dieser Lockdown hat ja nicht das bewirkt, was es bewirken sollte, und das war in gewisser Weise auch vorzusehen, denn insofern ist es ja eine Kette letztlich von Versuchen, die dann doch nicht das gebracht haben, was man haben wollte.

Dann möchte ich auf einen kleinen Punkt kommen, eine Anmerkung am Rande: Weglassen kann manchmal auch die Unwahrheit sein. Die Ministerpräsidentin meinte an einer Stelle sinngemäß, dass den drei Parteien, also CDU, SPD und LINKE, ja wichtig immer gewesen sei die Situation an Kitas und Schulen, und das war es dann eben. Also damit sollte sicherlich auch dem Publikum verdeutlicht werden, dass also diese drei Parteien sich um Kitas und Schulen sorgen, nur die AfD natürlich nicht. Ich muss nicht auf unsere vielen Anträge und Ausführungen zu diesem Thema hinweisen, selbstverständlich ha-

ben wir da dieselbe Sorge. Ich würde sagen, die Sorge teilen oder treibt alle Menschen in diesem Lande, die sich um Kinder und junge Menschen kümmern, dafür ein Herz haben, um. Und denken Sie mal darüber nach, ob so etwas richtig und gut ist, in diesen subtilen Äußerungen uns hier diffamieren zu wollen!

(Zuruf von Thomas de Jesus Fernandes, AfD)

Dann, Herr Waldmüller: Ja, es ist das zweite Mal, wo ich nur sagen kann, hätte ich nicht gedacht, dass Sie in eine so primitive Polemik verfallen.

(Zuruf von Thomas de Jesus Fernandes, AfD)

Sie haben sich nicht im Geringsten mit den Fakten und sachlichen Argumenten meines Kollegen Professor Weber auseinandergesetzt, nein, es gipfelte darin, wir hätten ja die Pandemie immer verharmlost. Also Bemerkung von mir:

(Zuruf von Wolfgang Waldmüller, CDU)

In der Tat, ich habe dazugelernt und habe die Pandemie zu Beginn anders eingeschätzt, und ich glaube, das ist so vielen so gegangen, aber es war nicht das System bei uns.

Und dann kommt dieser Satz, der nun wirklich also den Gipfel bedeutet, wir würden uns gemeinmachen mit Lügner. Das heißt im Grunde – denn das war ja in Bezug zu dem, was Professor Weber an Fakten hier angeführt hat, er hat sich auf Wissenschaftler berufen –, ganz klipp und klar bezeichnen Sie hier die angeführten Wissenschaftler, und das sind absolut integre Wissenschaftler, als Lügner, mit denen wir uns gemeinmachen.

(Wolfgang Waldmüller, CDU:
Das habe ich nicht gesagt.)

Das, was Professor Weber gesagt hat,

(Wolfgang Waldmüller, CDU:
Das ist Ihre Interpretation.)

sei nicht diskussionswürdig. Mein Gott, ist Ihnen nichts Besseres eingefallen?!

Ich will mal so fragen: Was hätten Sie eigentlich gemacht, wenn die Ministerpräsidentin – und dafür, denke ich, sind wir ihr dankbar, dass sie der Kanzlerin in dem Punkt widerstanden hat, die Schulen nicht komplett dichtgemacht hat –, wenn sie die dichtgemacht hätte, Herr Krüger? Sie hätten doch mit derselben Leidenschaft heute das vertreten, dass das genau das einzig Richtige gewesen ist, was da beschlossen wurde, dass es eben notwendig war.

(Zuruf von Thomas Krüger, SPD)

Sie glauben doch, Herr Waldmüller, Sie glauben doch nicht im Ernst, dass Sie das irgendwie kritisiert hätten, wenn denn die Ministerpräsidentin der Kanzlerin in diesem Punkt erlegen wäre?!

(Beifall Christoph Grimm, AfD)

Nichts hätte sich geändert! Sie nicken grundsätzlich alles hier ab.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD –
Zuruf von Thomas Krüger, SPD)

Und dasselbe,

(Wolfgang Waldmüller, CDU:
Das ist nicht richtig.)

dasselbe gilt für Herrn Krüger, der einen wichtigen Satz sagte, den ich an sich mit Herz unterschreiben würde, dass gesellschaftlicher Konsens uns allen sehr wichtig sein sollte. Angeblich ist er Ihnen ja wichtig. Nur, in Ihren weiteren Ausführungen haben Sie klargemacht, dass Sie darunter verstehen, wenn man Ihrer Meinung ist, wenn alle einer Meinung sind.

(Zuruf von Thomas de Jesus Fernandes, AfD)

Wir sind die, die Scheinlösungen hier verkünden, indem wir uns auf Professor Thiesen, Institut für Immunologie in Rostock, auf den Chef der Kassenärztlichen Bundesvereinigung und viele andere, auf viele andere Wissenschaftler stützen, die eben nachweisen oder erklären,

(Thomas de Jesus Fernandes, AfD:
Der gehört für ihn nicht zur Gesellschaft,
den hat er ausgeklammert.)

dass es bei diesem Thema nicht nur eine Meinung gibt.

(Zuruf von Thomas de Jesus Fernandes, AfD)

Und es heißt ja gar nicht, dass wir unbedingt recht haben müssen. Den Anspruch erheben wir gar nicht. Aber es wäre doch schön in dieser Debatte, bei diesem Thema, das uns doch alle berührt, wenn man mal zu erkennen gäbe, dass man sich auch mit den anderen Meinungen von absolut integren anerkannten Wissenschaftlern auseinandersetzt. Das findet nicht statt.

(Wolfgang Waldmüller, CDU:
Das würde aber für Sie auch gelten.)

Das gilt für uns auch. Passen Sie auf!

(Zurufe von Thomas Krüger, SPD,
und Thomas de Jesus Fernandes, AfD)

Also,

(Wolfgang Waldmüller, CDU:
Und deswegen reden Sie
von Komplettversagen.)

worum geht es bei dieser Pandemie und der Debatte? Es geht um den richtigen Weg und eine Abwägung und dabei notwendigerweise immer auch darum, welche Opfer auf der einen oder anderen Seite dann notwendigerweise hingenommen werden müssen. Das ist letztlich der Kern des Problems.

Ich will das verdeutlichen. Es mehren sich nämlich in letzter Zeit Berichte, dass Menschen im Zusammenhang mit der Impfung verstorben sind. Dabei soll es sich um Menschen mit schweren Vorschäden handeln, die der Belastung durch die Impfung nicht gewachsen waren. Also wird empfohlen, völlig zu Recht, künftig solche Menschen nicht zu impfen und ihren natürlichen Tod, sei es auch durch eine Corona-Infektion beschleunigt, hinzu-

nehmen. Umgekehrt fragt es sich, ob ein Mensch mit schweren Vorschäden, dessen Lebensende absehbar ist, ob deren Schutz vor Corona es zum Beispiel rechtfertigt, sämtliche Schulen zu schließen. Diese Frage lässt sich nicht einfach damit beantworten, der Lebensschutz habe immer absoluten Vorrang. Das trifft rechtlich und ethisch nicht zu, und das ist schon mehrfach hier im Grundsatz erörtert worden.

Damit komme ich zu den wesentlichen Punkten unserer Kritik: Völlig egal, was von der Strategie einer Eindämmung der Pandemie durch Lockdown zu halten ist, von Beginn an hat die AfD gefordert, dem Schutz der vulnerablen Gruppen Vorrang einzuräumen, anstatt die gesamte Bevölkerung in Haftung zu nehmen. Der Schutz der vulnerablen Gruppen, insbesondere der Bewohner in Alten- und Pflegeheimen, ist aber nur unzureichend erfolgt. Isolierung bei dem ersten Lockdown war unbestritten eine gewisse Katastrophe. Die Zeit danach wurde nicht genutzt, neue Konzepte zum Schutz der Alten zu entwickeln, ohne sie isoliert der Vereinsamung zu überlassen. Das geschah meines Wissens erst spät ab Oktober, wobei mittels Schnelltests eine Sicherheitsbarriere hergestellt werden soll, was meines Wissens noch nicht flächendeckend umgesetzt ist. Und auch das – können Sie nachlesen – wird aktuell von mehreren Wissenschaftlern beanstandet.

(Beifall Thomas de Jesus Fernandes, AfD)

Auch während des laufenden Lockdowns sind die meisten Corona-Toten in den Heimen zu beklagen. Hier muss sich die Landesregierung also Versäumnisse, wenn nicht sogar ein Versagen vorhalten lassen. Jedenfalls steht es ihr nicht an, so anzutreten, als ob sie alles richtig gemacht hätte.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD
und Holger Arppe, fraktionslos)

Eine Umsteuerung ist hier bereits von meinen Vorrednern angemahnt worden.

Zur Informationspolitik, das ist auch ein wichtiger Punkt: Die Informationen der Landesregierung und vieler Medien laufen auf eine verängstigende Panikmache hinaus, die unbedingt korrigiert werden muss, denn die Ängste machen die Menschen buchstäblich krank. Die täglichen Inzidenzzahlen, die für sich genommen keinerlei Aussagekraft haben, und die Todeszahlen, die jeden Schwerstvergeschädigten, der nicht an, sondern mit Corona verstorben ist, einbeziehen, ängstigen die Menschen. Es wird sich in der Bilanz am Ende rächen, wenn die Bürger damit gefügig gemacht werden sollten, die Corona-Maßnahmen widerspruchslos hinzunehmen.

Die Einsicht der Bürger in notwendige Maßnahmen würde nicht darunter leiden, wenn sie über das reale Risiko nach Altersgruppen ebenso deutlich informiert würden wie über das Risiko generell. Damit soll Covid-19 in keiner Weise verharmlost werden. Die Strategie, die Pandemie durch die Einschränkung von Kontakten einzudämmen, mag im Grundsatz logisch und richtig sein, denn das Virus verbreitet sich, wie wir alle wissen, nur über menschliche Kontakte. Die Maßnahmen müssen jedoch notwendig, also wirksam und verhältnismäßig sein. Darüber, ob das im Einzelfall gegeben ist, lässt sich trefflich streiten. Nur, es hat Maßnahmen gegeben und es gibt weiterhin Maßnahmen, wo dies mehr als zweifel-

haft ist. Professor Weber hat dazu bereits Ausführungen gemacht, und Herr Ritter hat ja auch ein Beispiel angeführt, mit dieser Besuchsregelung, die man nun wirklich nicht so richtig nachvollziehen kann.

Man kann bei einigen Maßnahmen den Eindruck gewinnen, dass die Landesregierung, mehr oder weniger ratlos auf die selbstverordnete 50er-Inzidenz starrend, aus ihrem Corona-Werkzeugkasten eine Maßnahme nach der anderen ausprobiert. Jetzt ist die neue Maske an der Reihe – sie wird ja auch mit dem mutierten Virus teilweise begründet –, deren Wirkung oder Wirkungslosigkeit nie nachzuweisen sein wird. Eine klare Linie oder gar eine realistische Perspektive ist nicht zu erkennen.

(Am Rednerpult leuchtet die rote Lampe. –
Der Abgeordnete Horst Förster
wendet sich an das Präsidium.)

Gut, wenn dem so ist, mir wurde das anders gesagt, 20 Minuten. Tut mir leid, dann muss ich damit wohl enden. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD
und Holger Arppe, fraktionslos –
Der Abgeordnete Dr. Ralph Weber
tritt ans Präsidium heran. –
Unruhe im Präsidium –
Thomas de Jesus Fernandes, AfD:
Die Linkspartei will die Redezeit
einschränken, das ist auffällig. –
Dr. Ralph Weber, AfD: Die Redezeit
manipuliert, ganz toll!)

Also, tut mir leid!

(Unruhe bei Sebastian Ehlers, CDU,
und Thomas de Jesus Fernandes, AfD –
Zuruf von Dr. Ralph Weber, AfD)

Also ich habe noch Zeit, wie ich höre. Ich fahre fort.

Läuft die Zeit jetzt schon? Nee, ne?

(Wolfgang Waldmüller, CDU: Logisch! –
Zuruf von Sebastian Ehlers, CDU)

Also jetzt ist die neue Maske an der Reihe, deren Wirkung oder Wirkungslosigkeit nie nachzuweisen sein wird. Eine klare Linie oder gar eine realistische Perspektive ist nicht zu erkennen. Kitas und Schulen, die sind ein Knackpunkt, wo sich wirklich die Geister scheiden. Die Rechte und Interessen der Kinder sind in der Corona-Krise auf der Strecke geblieben. Wir brauchen, um das zu bemerken, keine Kinderrechte im Grundgesetz, wir müssen die Rechte und Interessen der Kinder so schützen, mit der erforderlichen Wertschätzung und Liebe, die wir den Kindern entgegenbringen müssen.

Was von Schulpflicht und frühkindlicher Bildung übrig geblieben ist, ist eine Katastrophe. Das wurde auch heute wieder deutlich. Sie sind im Grunde zu Aufbewahrungsorten für die Kinder geworden, deren Eltern ihre Kinder nicht zu Hause betreuen können. Die Folgen kann sich jeder selbst ausmalen, wenn aufgrund dieses verordneten Durcheinanders ein planmäßiges, kontinuierliches Lernen aller Kinder in den einzelnen Klassen nicht mehr stattfinden kann. Der Distanz- oder Digitalunterricht kann den Präsenzunterricht schlechthin nicht ersetzen. Auch

das ist oftmals hier erörtert worden und eigentlich mehr oder weniger Konsens.

Zudem ist die Schule nicht nur eine Stätte des Lernens, die sozialen Kontakte sind für eine gesunde Entwicklung der Kinder unersetzlich. Auch dazu gibt es Studien namhafter Wissenschaftler über die psychosozialen Schäden, die hiermit bei Kindern angerichtet werden. Schulen sind in ihrer Bedeutung für die heranwachsende Generation der Gesellschaft aus meiner Sicht absolut systemrelevante Betriebe, um diesen Begriff mal zu gebrauchen. Sie sind wichtiger und unverzichtbarer als mancher wirtschaftliche Betrieb und auch manche Behörde, deren vorübergehende Schließung weit weniger Schaden anrichtet. Deshalb ganz klar die Forderung von uns: Hände weg von unseren Kitas und Schulen und Priorisierung der Lehrerschaft beim Impfen!

(Beifall Jens-Holger Schneider, AfD)

Die Ministerpräsidentin hat ihre Strategie erläutert und erklärt, von Beginn an auf das Impfen gesetzt zu haben. Das war gewagt, denn wann ein sicherer Impfstoff zur Verfügung stehen würde, war und ist im Grunde keinesfalls sicher. Dass dann aber nicht genug Impfstoff beschafft wurde, ist ein Skandal. Dieser wird nicht besser dadurch, dass jetzt die Schuld hin und her geschoben wird. Jetzt sterben Menschen, die – die Sicherheit des Impfstoffs unterstellt – bei rechtzeitiger Impfung noch leben würden. Israel wird bis Ende März seine Impfkampagne abgeschlossen haben. Wer es bei uns wagt, dem Gedanken Ausdruck zu geben, dass ja vielleicht doch die eigene Bevölkerung einem bisschen näher steht als Fremde, der ist ein Impfnationalist.

Da sagen Sie, übertragen Sie das jetzt mal auf die Familie. Sie brauchen einen dringenden Impfstoff, den gibt es jetzt nur hier, und dann sehen Sie aber ein, dass man dann einfach mal da Abstand nehmen muss, weil der jetzt vielleicht woanders noch viel dringender gebraucht wird. Der Grundgedanke, dass man das in Europa einheitlich macht, ist ja durchaus verständlich, aber in der konkreten Situation die Beschaffung aus der Hand zu geben und der Bürokratie in Brüssel zu überlassen und dann hinterher noch zu sagen, na ja, es ist alles gut so im Grunde, das war doch wohl sicherlich jedenfalls nicht getragen von dem Gedanken, in erster Linie sich um die eigene Bevölkerung zu kümmern.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Deshalb: Impfkampagne beschleunigt für die Impfwillingen umsetzen!

Zur Impfpflicht ist ja auch einiges gesagt worden. Das ist auch so ein Punkt, Herr Waldmüller und auch Herr Krüger, wo man wieder sieht, was Sie unter Diskurs verstehen. Ich weiß nicht, wie Sie entscheiden würden, wenn es darum ginge, wenn Sie jetzt eine 20- oder 30-jährige Tochter haben, die soll geimpft werden, die will jetzt vielleicht noch Kinder kriegen, eine Generation, die ja nicht gefährdet ist. Ich bin ziemlich sicher, wenn Sie die Vernunft walten lassen, dass Sie sagen würden, lass das mal mit der Impfung, das ist nicht sicher. Man muss kein Impfgegner sein, um ...

Herr Krüger runzelt die Stirn, er hat wohl noch nichts davon mitbekommen, dass es auch hier wieder namhafte Wissenschaftler gibt, die nicht verrückte Impfgegner sind,

(Thomas Krüger, SPD: Meine Familie wird sich impfen lassen.)

die keine Verschwörungstheoretiker sind, die aber darauf hinweisen, dass vieles an diesem Impfstoff noch ungeklärt ist. Die Langzeitwirkung konnte wirklich noch nicht geprüft werden. Und nach und nach, und diese eben erwähnten Todesfälle, das ist ja keine Propaganda, sondern Sie haben wahrscheinlich auch davon gehört, die sind eben da und wahrscheinlich damit zu erklären, dass da Menschen geimpft wurden, die eben einer Belastung nicht standhalten können. Aber dass dieser Impfstoff doch noch nicht erprobt ist in vollem Umfang, dass der hier auf die Schnelle zugelassen wurde, das heißt ja gar nicht, dass da Fehler gemacht wurden. Und ich räume ja ein, wenn er das ist, was er verspricht, um Himmels willen, ich will mich auch impfen lassen, aber schon die Diskussion abzuwürgen und diejenigen, die bei dem Thema Impfpflicht es wagen, auf die Risiken hinzuweisen, in die Schublade zu stecken,

(Peter Ritter, DIE LINKE:
Es gibt doch keine Impfpflicht!)

das ist doch alles andere als ein offener, sachlicher Diskurs.

Meine Damen und Herren, die Landesregierung stolpert mit ihrer Strategie von einem Lockdown in den nächsten, ohne dass eine klare Linie erkennbar wäre. Dabei wird zwischendurch immer wieder Hoffnung gemacht, dass Lockerungen bald wieder möglich seien. Das führt zu immer neuen Enttäuschungen und fördert eine depressive Gesamtstimmung. Nichts erscheint zurzeit planbar. Was wir brauchen, sind evidenzbasierte Maßnahmen und ebenso evidenzbasierte Parameter für deren Aufhebung. Also wenn wir soundso viel Prozent geimpft haben zum Beispiel, dann wird das und das passieren, können wir da und da lockern. Der Diskurs, auch in der Wissenschaft, darüber, was machbar ist und was nicht, muss öffentlich und nicht in den Hinterzimmern geführt werden. Das immer aufs Neue beschworene Licht am Ende des Tunnels ist keine Perspektive. Ich wünsche mir klare Pläne, wann und wie schnell das Impfkonzert, auf das die Landesregierung setzt, umgesetzt ist und welche Lockerungen damit korrespondieren.

Und ich frage nach einem Problemmanagement für die Schulen. Das muss sich damit befassen, wie es mit viel Fantasie erreicht werden kann, dass die Schüler das Versäumte nachholen und möglichst wieder Anschluss finden können. Dazu wird man differenzierte Lerngruppen bilden müssen, möglicherweise unter Zuziehung ehrenamtlicher Hilfskräfte. Auch Zurücksetzungen werden unvermeidlich sein. Dabei werden die Klassengrößen zum Problem werden. Damit kann man nicht warten, bis sich Corona verabschiedet hat. Die bisherige, sich an einer Inzidenz von 50 – eine letztlich, auch das ist eigentlich unumstritten, willkürlich gegriffene Zahl, also diese 50 –, eine sich darauf stützende Strategie ist ganz offensichtlich gescheitert und muss auch scheitern, weil dieses Ziel mit vernünftigen Mitteln so nicht erreichbar ist, es sei denn, und das ist ja der Kern, die Kernentwicklung, die saisonal ist und sich durch veränderte Wetterverhältnisse ergibt.

Jedenfalls will ich mit dem Satz schließen, ganz einfach und schlicht: So wie bisher geht es nicht weiter, denn es geschieht wieder dasselbe, Sie nennen den 14.02. und

wissen doch alle ganz genau, dass am 14.02. wir wieder da sind, wo wir heute stehen. Dann würden Sie besser gesagt den Leuten gleich sagen, es wird nicht vor Ostern sein, und wenn es dann doch besser sein sollte, freuen wir uns alle, aber Sie versprechen

(Zuruf von Christoph Grimm, AfD)

oder deuten ständig Versprechungen an, die Sie nicht halten können. – Vielen Dank!

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD
und Holger Arppe, fraktionslos)

Vizepräsidentin Dr. Mignon Schwenke: Jetzt hat ums Wort gebeten der Minister für Inneres und Europa.

Herr Renz, ehe Sie Ihr Wort in Angriff nehmen, würde ich gerne noch eine Bemerkung machen. Es hat hier ein Missverständnis bei der Zählung der, bei der Kontrolle der Redezeiten gegeben, das haben wir behoben. Deshalb weise ich die Aussage von Herrn Professor Weber, das Präsidium würde die Redezeiten manipulieren, auf das Schärfste zurück. Ich bitte Sie, dass Sie sich tatsächlich zurückhalten, wenn Sie solche Bewertungen über die Arbeit des Präsidiums hier von sich geben.

(Dr. Ralph Weber, AfD: Dann machen
Sie Ihre Sache richtig, dann muss
man sich auch zurückhalten. –
allgemeine Unruhe)

Das haben Sie überhaupt nicht zu kommentieren, Herr Professor Weber.

(Unruhe vonseiten der
Fraktionen der CDU und DIE LINKE –
Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE –
Peter Ritter, DIE LINKE:
Ordnungsruf! Ordnungsruf! –
Zuruf von Sebastian Ehlers, CDU)

Bitte schön, Herr Minister, Sie haben das Wort!

(Zuruf von Sebastian Ehlers, CDU)

Minister Torsten Renz: Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich sehe mich gemäßigt, sozusagen auch für die Regierung noch mal ein paar Dinge hier inhaltlich beizutragen, insbesondere aufgrund der Redebeiträge aus den Reihen der Opposition. Die Anmerkung, die Beiträge vom Kollegen Ritter sehe ich als Aufforderung, als Ansporn, noch besser zu werden als Landesregierung, um eben diese Dinge, die er angesprochen hat, was die Zusammenarbeit Landesregierung und Parlament betrifft, noch effizienter zu gestalten, aber die Redebeiträge insbesondere jetzt der drei AfD-Abgeordneten, die natürlich eine Zielstellung haben, Formulierungen im Prinzip hier in den Raum gestellt werden, der Öffentlichkeit dargelegt werden, dass diese Landesregierung falsche Maßnahmen trifft, eine falsche Politik betreibt und nur die Vorschläge der AfD-Fraktion richtig sind, die möchte ich natürlich nicht so stehen lassen.

(Unruhe vonseiten der Fraktion der AfD –
Zuruf von Horst Förster, AfD)

Und die ersten beiden Redner, die haben es relativ deutlich in dieser Form transportiert, so, wie ich das gesagt

habe, und Herr Förster, möglicherweise auch aufgrund seiner Vergangenheit, aufgrund seiner Lebenserfahrung bringt es immer wieder oder versucht es immer wieder, hier gesellschaftliche Situationen herbeizureden, herbeizudiskutieren, da sage ich jetzt mal ganz persönlich, auch möglicherweise manchmal so ein bisschen stehen geblieben sind in einem anderen Jahrzehnt.

Und deswegen will ich noch mal die Gelegenheit nutzen, Herr Förster, Sie ganz persönlich anzusprechen. Wenn Sie von Verängstigung sprechen, wenn Sie sozusagen hier auch das Thema „Transparenz politischen Handelns“ infrage stellen, dann will ich Ihnen mal sagen aufgrund meiner Lebenserfahrung, die zwar nicht so viele Jahre angedauert hat wie Ihre, dass ich in einem System gelebt habe, das mit dem heutigen überhaupt nicht vergleichbar ist. Sie haben hier als Opposition einen Auftrag, Sie haben die Möglichkeit, frei zu sprechen, nicht nur hier im Parlament, sondern auch auf der Straße in Demonstrationen. Das ist gut so. Wir haben Medien, die alles aufnehmen und berichten, wir haben eine Meinungsvielfalt, auch im Prozess, den wir jetzt gestalten mit Interessenvertretern. Glauben Sie denn ernsthaft, was Sie hier versuchen zu transportieren, dass Unternehmerverbände, Gewerkschaften et cetera sich von dieser Landesregierung den Mund verbieten lassen?

(Zuruf von Horst Förster, AfD)

Glauben Sie das ernsthaft?

(Horst Förster, AfD: Wer sagt das denn?)

Sie zeichnen hier ein Bild einer gesellschaftlichen Debatte, wo ich Ihnen noch mal ganz klar sagen will, das ist definitiv nicht der Fall, und wir stehen sehr wohl im Fokus sozusagen der Kontrolle durch alle Interessengruppen, die ich eben aufgerufen habe.

Und deswegen will ich auch aus meiner Sicht noch mal auf einige inhaltliche Punkte, die Sie hier einfach mal so, aus meiner Sicht lapidar, vortragen, eingehen, weil ja auch ein Vorwurf von Ihrer Seite immer wieder lautet, wir setzen uns nicht mit Ihren Argumenten auseinander. Ich bin schon sehr verwundert, dass das Argument rechts von mir noch gekommen ist, noch mal zum Thema Grippe. Ich habe schon immer darauf gewartet. Alle oder viele, die die Corona-Pandemie unterschätzt haben, nicht richtig eingeschätzt haben, die haben, da möchte ich Sie dran erinnern, zu Zeiten der ersten Welle unter anderem immer gesagt, na, da gab es ja auch mal ein Grippejahr mit 25.000 Toten. Jeder Tote ist zu viel, aber ich sage Ihnen auch noch mal, wenn Sie das inhaltlich betrachten, wir haben im Zusammenhang mit Grippe immer einen Impfstoff gehabt beziehungsweise waren sehr schnell in der Lage zu reagieren.

Und wenn Sie sagen, wir sollen uns nicht anhand von Zahlen orientieren, dann kann ich Ihnen das nicht ersparen. Nehmen Sie die Zahl vom 20.01.! Es gab gestern wieder 1.148 Tote. Und wir haben jetzt, Stand gestern, 48.770 Tote.

(Dr. Ralph Weber, AfD: Mit Corona.)

Auch hier ist jeder Tote zu viel. Aber das zeigt doch auch die Dramatik, dass wir auf dem Weg dorthin waren, erst mal einen Impfstoff zu entwickeln. Jetzt haben wir ihn, wir haben bedauerlicherweise noch nicht ausreichend sofort

zur Verfügung, aber der Prozess läuft doch weiter. Und dass Sie dann immer noch mit diesem Vergleich kommen, also das wundert mich schon sehr.

(Peter Ritter, DIE LINKE:
Mich wundert das nicht.)

Wenn wir eine Situation haben, dass Herr Kramer feststellt, die Zahlen gehen nicht runter, trotz unserer Maßnahmen, dann muss man sich doch mal von der Logik her die Frage stellen, wie wären die Zahlen ohne unsere Maßnahmen.

(Zurufe von Nikolaus Kramer, AfD,
und Dr. Ralph Weber, AfD)

Aber Ihre Schlussfolgerung ist ja, die Zahlen gehen nicht runter, und Sie legen uns einen Antrag mit Ihren Maßnahmen hier vor, der in verkürzter Form aussagt, Lockdown beenden, alles öffnen. Und ich weiß nicht, ob Sie darüber nachgedacht haben – in Ihrem Redebeitrag sind Sie auf dieses Argument, auf die Situation jedenfalls nicht eingegangen –, dass wir eine neue besondere Herausforderung haben, nämlich die Mutation. Entweder haben Sie darüber nachgedacht und geschlussfolgert, ich kann das sowieso nicht einschätzen, oder aber, das wird nicht so schlimm, und daraus haben Sie dann auch wieder die Maßnahme abgeleitet, wir öffnen alles und überlassen alles dem Selbstlauf. Oder aber man stellt sich die Frage, auch wenn man noch nicht ausreichend möglicherweise Kenntnisse hat, inwieweit bin ich in politischer Verantwortung, Möglichkeiten auszuschließen, um die Pandemie weiter im Griff zu haben. Und dann kann doch wohl nicht ernsthaft die Antwort sein, dass wir uns hinstellen als Politik und sagen, wir öffnen alles. Das kann ich einfach nicht verstehen!

Insofern sind wir tatsächlich alle hier, glaube ich, geeint nur in einer Auffassung, dass die Belastungsgrenze für den Einzelnen schon enorm ist. Ich will hoffen, dass die Aussage von Herrn Ritter zutreffend sein sollte, die Belastungsgrenze im Privaten ist erreicht. Aber ich glaube auch nicht, dass irgendeiner von uns das mit hundertprozentiger Sicherheit sagen kann.

Wenn Herr Förster sagt, wir – Sie als AfD – erheben nicht den Anspruch, recht zu haben, dann muss ich Sie auch wieder fragen wie bei vielen anderen Themen: Sprechen Sie eigentlich für die Fraktion? Ist das eine Einzelmeinung, weil Ihr erster Redner, der Parlamentarische Geschäftsführer Herr Professor Dr. Weber, hat sich nämlich hier hingestellt und unsere Maßnahmen verglichen mit einer Diät, mit einer Fastenkur mit dem Thema Waage, und hat dann geschlussfolgert, dass unsere Maßnahmen blanker Unsinn sind. Insofern sollten Sie sich, wenn Sie für die Fraktion sprechen, dann auch so artikulieren, dass das eine Einzelmeinung ist von Herrn Professor Weber. Ich sage Ihnen aber ganz deutlich und damit auch der Öffentlichkeit, solange ein Parlamentarischer Geschäftsführer hier spricht, gehe ich davon aus, dass es Fraktionsmeinung ist, und dann ist es politisch mehr als zurückzuweisen.

(Zuruf von Jochen Schulte, SPD)

Und ich frage mich,

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD und CDU)

und ich frage mich, wenn Ihr Parlamentarischer Geschäftsführer sich hier hinstellt und für sich in Anspruch nimmt, dass er oder Sie – das könnten Sie ja vielleicht noch mal aufklären, weil Sie ja auch noch Redezeit bekommen –, dass Sie die Stimme der Vernunft sind, dann frage ich mich, für wen sprechen Sie überhaupt.

Jetzt können wir auch wieder diese Umfragen, diese 76 Prozent, die die Maßnahmen für gerechtfertigt, beziehungsweise 26 Prozent davon sogar für zu gering halten, jetzt können wir natürlich diese Umfragen infrage stellen. Das können wir machen. Ich sage Ihnen aus tiefster Überzeugung, aus dem, was ich erlebe, mit dem Gespräch der Menschen, dass eine sehr, sehr große Mehrheit die Maßnahmen für richtig hält. Deswegen frage ich noch mal in Ihre Richtung: Für wen sprechen Sie?

Und wenn Sie dann mit Ihrem Forderungskatalog hier auftreten unter II, der Lockdown ist sofort zu beenden, und dann zählen Sie auf, Hotels, Pensionen, gastronomische Einrichtungen, Einzelhandel, religiöses Leben, Gotteshäuser, Theater, Konzerthäuser, Museen, Bildungseinrichtungen, Sportvereine, Sportstätten, Dienstleistungsbetriebe für Körperpflege, Zoos und Tierparks, dann hätten Sie doch auch gleich schreiben können: alle Bereiche. Mir fällt ja kaum noch ein Bereich ein, den Sie auslassen. Und ich frage Sie auch in diesem Fall: Für wen sprechen Sie? Gibt es eine mehrheitliche Meinung in diesen gesellschaftlichen Bereichen, bei den Interessenvertretern, die sich artikuliert haben, in dieser Art und Weise, so, wie Sie es hier fordern, komplett alle Schließungsmaßnahmen aufzuheben und zu schließen?

(Zuruf von Dr. Ralph Weber, AfD)

Ich habe davon nichts gehört, deswegen frage ich Sie: Für wen sprechen Sie?

Und ich nehme mir auch die Zeit und mache mir die Mühe, Sie noch mal über das Grundprinzip, was hier diskutiert werden muss, aufzuklären zumindest. Sie stellen sich hin, Herr Kramer, und sagen, zählen die Bereiche auf, dass es dort aufgrund der Hygienekonzepte keine Infektionen gibt. Das haben wir beim letzten Mal schon deutlich gemacht, dass es so ist, dafür sind wir auch diesen Branchen dankbar, aber wir haben erkannt – und anscheinend Sie immer noch nicht –, dass es darum geht, die Kontakte zu beschränken. Das heißt, wir müssen die Mobilität einschränken. Es geht also nicht einzig und allein darum, ob ich beim Friseur ausreichend geschützt bin oder beim Besuch von Konzerten et cetera, sondern es geht um die Mobilitätseinschränkung, die nachweislich dafür gesorgt hat, dass wir mit den Infektionszahlen runterkommen.

Und wenn Professor Weber sich hinstellt und sagt, die Zahl 200 ist wissenschaftlich nicht begründet, dann mag er recht haben, aber sie ist eine Zahl, die der Praxis, dem realen Leben entspricht. Und wissen Sie warum, Herr Professor Weber? Weil es darum geht, Infektionsketten nachzuvollziehen, weil unsere Gesundheitsämter sonst nicht mehr dazu in der Lage sind. Und wenn wir die Infektionsketten nicht nachvollziehen können und nicht unterbrechen können, dann wird unser Gesundheitswesen kollabieren, und wir haben schon die Befürchtung, dass es bei Werten um die 50 schwierig ist. Und dann müssen Sie mal mit den Leuten vor Ort, mit den Ge-

sundheitsämtern sprechen und die Realität betrachten, in welchem Inzidenzbereich es noch möglich ist! Und dann frage ich Sie: Was wollen Sie damit bezwecken, hoch wissenschaftliche Studien oder irgendwas zu diskutieren mit diesen Behauptungen? Die Infektionsketten müssen unterbrochen werden, ansonsten werden wir das mit dem Gesundheitssystem, diese Herausforderung, nicht meistern können. Das ist mir wichtig an dieser Stelle Ihnen noch mal zu sagen.

Ob ich Sie damit erreiche,

(Dr. Ralph Weber, AfD: Nein!)

das weiß ich nicht.

(Heiterkeit bei Wolfgang Waldmüller, CDU)

Herr Weber gibt mir die Antwort, er sagt Nein. Dann will ich Ihnen aber eins sagen: Ich bin sicher, wenn Sie weiter so politisch agieren, dann werden Sie einen nicht mehr erreichen, und das sind die Bürger. Und ich bin mir sicher, wenn wir weiter so agieren, dass wir die Bürger erreichen werden. – Herzlichen Dank!

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD und CDU –

Dr. Ralph Weber, AfD:
Kurzintervention war angemeldet!)

Vizepräsidentin Dr. Mignon Schwenke: Danke, Herr Minister!

Der Minister hat die Redezeit, die angemeldete Redezeit der Landesregierung um zwölf Minuten gesteigert. Dadurch ...

Ach Entschuldigung! Lassen Sie mich das zu Ende führen, dann komme ich auf Ihre Kurzintervention.

Dadurch verlängert sich die Redezeit insbesondere der AfD-Fraktion um weitere neun Minuten.

Aber, Herr Minister, tut mir leid, dass ich es vergessen habe, jetzt gleich zu sagen, es ist eine Kurzintervention zu Ihrem Beitrag angemeldet worden. Wenn Sie möchten, bitte noch mal ans Rednerpult.

Herr Professor Dr. Weber, Sie haben das Wort.

Dr. Ralph Weber, AfD: Liebe Mitbürger! Wertes Präsidium! Ich kommentiere jetzt nicht, dass es schon zufällig wirkt, wenn erst die Redezeit falsch berechnet wird und dann die Kurzintervention

(Unruhe vonseiten der Fraktionen
der SPD, CDU und DIE LINKE –
Tilo Gundlack, SPD: Heul doch!)

vergessen wird.

(Tilo Gundlack, SPD: Heul doch!)

Herr Minister, wenn Sie sagen, diese 76 Prozent, die die Maßnahmen für richtig halten, dann zweifeln wir das – jedenfalls ich – in keiner Weise an. Nur, wie bei allen Umfragen hängt das von der Fragestellung ab, wie wird gefragt. Dann kriege ich entweder 26 oder 76 Prozent Zustimmung.

Und wenn Sie wissen wollen, für wen wir sprechen, dann möchte ich Ihnen nur mal sagen, den schon in meiner Rede zitierten Herrn Professor Thiesen, den Direktor des Instituts für Immunologie, möchte ich zitieren mit Blickpunkt Lockdown. Er führt da aus, verweist auf Zwischenergebnisse einer von seinem Institut gestarteten Umfrage und er stellt fest, dass das Ansteckungsrisiko im öffentlichen Raum und bei der Arbeit deutlich niedriger ist als im familiären Umfeld – darüber dürften wir uns auch weitgehend einig sein –, und schließt daraus, wenn man jetzt den Lockdown weiterführt oder gar verschärft, die Menschen mit Homeoffice-Pflicht, Schulschließungen, Unternehmensschließungen noch mehr in ihre Häuslichkeit zwingt, verschärft man das Ansteckungsrisiko, anstatt es zu verringern. Für all die, die so was lesen und deswegen skeptisch sind, für all die sprechen wir. Wenn Sie das nicht zur Kenntnis nehmen wollen, dann müssen Sie das mit sich abmachen. Und dass wir damit auch große Teile der Bevölkerung ansprechen, davon bin ich überzeugt,

(Wolfgang Waldmüller, CDU:
Das ist eine Fehleinschätzung.)

und das lassen Sie mal unser Problem sein, wie sich das bei der nächsten Wahl dann auswirken wird.

Vizepräsidentin Dr. Mignon Schwenke: Möchten Sie antworten, Herr Minister?

Minister Torsten Renz: Ja, sehr gerne.

Wenn mathematisch gesehen „große Teile der Bevölkerung“ unter 20 Prozent sind, dann bin ich sehr beruhigt. Dann können Sie weiter so agieren, vielleicht werden es ja auch eines Tages dann weniger.

Aber noch mal zur Thematik Zustimmung. Ob ein Institut jetzt diese Befragung gemacht hat oder auch nicht und ob der letzte Prozentpunkt stimmt oder auch nicht, lasse ich mal außen vor. Trotzdem gibt es das reale Leben. Das gibt es bei Herrn Professor Dr. Weber und das gibt es aber auch bei mir. Und ich glaube, bei jedem, der verantwortlich ist und der Politik macht, gibt es das. So, wie die Ministerpräsidentin beschrieben hat, dass sie mit über 80-Jährigen gesprochen hat nach der Impfung, kenne ich zum Beispiel über 80-Jährige oder auch über 70-Jährige – wenn er über 80 ist, ist er auch über 70, das ist klar –,

(Heiterkeit bei Peter Ritter, DIE LINKE)

aber die über 80-Jährigen, die jetzt schon warten auf ihre Impfung. Und in meinem privaten Kreis ist das auch so. Und ich erweitere diesen Kreis auch auf die Kinder und Enkelkinder, weil nämlich auch genau die darauf warten, dass diese ältere Generation möglichst schnell ihre Impfung bekommt.

Und es gibt auch in meinem Umfeld und ich hoffe, dass es, nee, ich hoffe nicht, vielleicht ist es auch bei Ihnen so, dass es Bekannte gibt im Freundeskreis, die möglicherweise schon betroffen waren. Und da erinnere ich mich ganz genau an Herrn Kramer vor zwei, drei Monaten, als er einen Betroffenenfall hatte in seinem Freundeskreis, was man keinem wünscht, dass das möglicherweise auch zu anderen Sichtweisen führt. Und ich glaube, das ist ein ganz, ganz wesentlicher Punkt, wenn es auch darum geht, wie ist die Stimmung bei den Menschen,

unabhängig von diesen Umfragen. Und ich bin mir ziemlich sicher, dass durch diesen Prozess die Menschen erkennen, dass wir die richtige Politik machen. Sicherlich kann man da auch Fehler machen oder die eine oder andere Maßnahme mag möglicherweise auch überzogen sein, aber die Grundrichtung, der Grundkurs wird von der übergroßen Mehrheit mitgetragen. Das spüre ich. Und insofern, glaube ich, gehen wir gemeinsam den richtigen Weg, und den werden wir auch weitergehen. – Herzlichen Dank!

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD und CDU)

Vizepräsidentin Dr. Mignon Schwenke: Herr Professor Weber, ich erteile Ihnen einen Ordnungsruf für Ihr ungebührliches Verhalten gegenüber dem Präsidium. Sie sind anscheinend unfehlbar.

(Dr. Ralph Weber, AfD:
Kritik ist also ungebührlich, okay.)

Ich erteile Ihnen den nächsten Ordnungsruf, weil Sie solche Bemerkungen von mir nicht zu kommentieren haben. Das wissen Sie auch ganz genau.

Jetzt hat das Wort noch einmal für die AfD-Fraktion der Abgeordnete Förster.

Horst Förster, AfD: Ja, sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren!

Herr Minister, es gelingt Ihnen nicht, einen Spalt in unsere Fraktion zu treiben. Dennoch will ich für mich sagen, ich bin ja grundsätzlich gutgläubig, also ein Verdacht gegenüber dem Präsidium, dass hier mit der Zeit manipuliert würde, diesen Verdacht hatte ich nicht, habe ich nicht und den würde ich auch nicht äußern.

Sie haben die Zahlen, Herr Minister – Wo ist er? Da, ach ja! –, Sie haben die Zahlen angesprochen, mit denen wir uns irgendwie nicht vernünftig befassen. Ja, Sie fordern mich damit heraus. Die Zahlen sind natürlich ein Problem, und ich will nur ein Beispiel nennen. Es wurde gerade bekannt, dass manchmal die Zahlen, auch die Todeszahlen, sehr hoch sind an einem Tag, den Eindruck erwecken, als ob am Vortag so viele gestorben seien, und in Wirklichkeit sind es dann oft Nachmeldungen oder sind es Zahlen von einer Woche oder noch mehr zurück.

Vergleich mit der Grippe – schon lange nicht mehr. Ja, wir haben auch dazugelernt. Es ist ein Grippevirus, aber es hat die unangenehme Eigenschaft, dass es noch viel mehr andere Körperorgane angreift, als man es sonst von der Grippe kennt, und bei der Grippe sind ja auch schon viele geimpft. Sicherlich hat jeder seine Erfahrungen gemacht und musste sich hier und da auch korrigieren, und dessen schäme ich mich auch nicht.

Die Inzidenzen haben Sie wieder angesprochen. Und nun ganz wirklich, an der Stelle würde ich wirklich mal erwarten, dass Sie sich da mal fundiert mit befassen, denn es ist völlig unbestritten, dass zum Beispiel die Zahl 50 zuerst mal willkürlich gegriffen ist. Dasselbe gilt sogar im Grunde für die Zahl 200. Auch das sagt nicht nur Streeck, sogar Drosten hat es hier und da gesagt. Um das Risiko einzuschätzen, braucht man eine ganze Menge anderer Parameter, zum Beispiel – sicherlich ein ganz überzeugendes Argument – die konkrete Situation

auf den Intensivstationen, wie viele Menschen überhaupt auch, wenn sie sehr krank werden, da versorgt werden könnten. Der R-Faktor und vieles andere gehört dazu. Die Inzidenzen als solche sind nicht hinreichend aussagekräftig. Deshalb, eine ganze Litanei von Maßnahmen daran zu knüpfen, ob nun 50, 60 oder was da gerade erreicht worden ist, sagt überhaupt nichts.

Speziell der Landkreis MSE – ja, die Ministerpräsidentin hat es mehrfach betont – ist mehr als doppelt so groß wie das Saargebiet. Wenn jetzt, meistens ist es ja so, an bestimmten Stellen, wo die Hotspots sind, wird es auftreten. Sie haben also plötzlich eine Inzidenzzahl, die darauf beruht, dass in einem Heim das Virus ausgebrochen ist und man etliche Todesfälle und Betroffene hat, Infizierte hat. Das ist also, meistens ist es lokal festzumachen. Wenn also durch verschiedene lokale Ereignisse für den gesamten Landkreis eine Inzidenzzahl von 200 ist, ja, dann sind wir uns doch einig, dann kann man nicht Maßnahmen treffen, die den ganzen Landkreis betreffen. Das ist doch nicht in Ordnung!

Und noch mal zur Panik. Ich habe mich ja sehr reduziert geäußert. Ich kann auch hier den Professor Thiesen zitieren, der also sagt, mittlerweile zeigen die Pandemiezahlen, dass Lockdowns nicht das Mittel der Wahl sind. An anderer Stelle errechnet er das letale Risiko von 1,7 und sagt, da wissen Sie relativ genau, wie viele Todesopfer zu erwarten sind. Da meint er auch die Altersgruppen. Ich bin besorgt, wenn die Medien uns jeden Tag mit neuen Covid-Todeszahlen schockieren, weil das nicht zur dringend gebotenen Versachlichung beiträgt. So, wenn Sie die normale altersabhängige Sterblichkeit eines Jahres nehmen, da gibt es sogar eine Untersterblichkeit bei den unter 50-Jährigen. Das sind doch alles Fakten, die völlig konterkariert werden durch diese Zahlen, die wir täglich über die Medien bekommen.

Man kann das vertiefen. Der Professor Thiesen ist ja sicherlich auch ein ganz Unverdächtiger, der steht aber gar nicht alleine in dem Kreis der Wissenschaftler. Es gibt eine ganze Reihe, die die bisherigen Maßnahmen für nicht zielführend halten. Und niemand unterstellt doch, dass hier irgendwie boshaft und auch fahrlässig man den falschen Weg eingeschlagen hat, aber was doch jedenfalls überzeugt – und das hört man ja auch von mehreren –, ich zitiere mal: „Es zeigt sich mehr und mehr, dass Politiker und die Medien ohne die Einbindung eines interdisziplinären Pandemie-Rates, wie ihn Prof. Streeck von der Universität Bonn fordert, weitgehend überfordert sind.“ Sie haben ständig dieselben Wissenschaftler um sich. Das RKI, das ist ja so ein, man könnte fast sagen, wie in Kriegszeiten so ein Bunkerstandort, von wo aus dann das Land regiert wird. Was die sagen – entsteht der Eindruck –, dem wird hinterhergerannt. Daher ja oft auch die Meinung, es müsse bundeseinheitlich alles gleich sein.

Also nochmals: Die Zahlen, die täglich über die Medien gehen, nach wie vor, die Inzidenzen, da denkt jeder, das sind jetzt Erkrankte. Das stimmt aber nicht und das ist unbestreitbar, dass es nicht stimmt. Das sind die, die positiv getestet worden sind. Und die, die positiv,

(Thomas Krüger, SPD:
Aber es gibt eine Parallelität.)

die, die positiv getestet worden sind, müssen keinesfalls Symptome zeigen und sie müssen auch nicht krank

sein. Das ist wiederum nur eine gewisse Quote davon. Natürlich ist es eine Zahl, die eine gewisse Bedeutung hat, nur, die mediale ...

(Thomas Krüger, SPD:
Es gibt eine Parallelität zwischen
Erkrankten und Infizierten.)

Herr Krüger, stellen Sie sich doch nicht dümmer, als Sie sind!

(Zuruf von Thomas Krüger, SPD)

Die mediale, die mediale Wirkung ist doch die, wenn Sie die Zahlen sehen, da bin ich ja selbst wochenlang drauf reingefallen, Sie haben die Infizierten – also die positiv Getesteten, das ist was anderes, sie laufen aber als „infiziert“ – und, Sie haben recht, die Todeszahlen. Und wenn Sie das sehen, dann geraten Sie in Panik.

Und das ist ja auch keine Erfindung und nicht nur ein böser Verdacht, denn, auch das habe ich schon mal erwähnt, es gibt eine Studie für die Bundesregierung, wo ein Beratungsunternehmen nachvollziehbar darauf hingewiesen hat und Strategien vorgeschlagen hat, wie denn die Bevölkerung dazu gebracht werden kann, dass sie die Maßnahmen akzeptiert. Ja, was machen Sie denn beim kleinen Kind, wenn es nicht in den Teich fallen soll? Dann machen Sie ihm klar, dass es da ertrinkt, auch wenn der vielleicht gar nicht so tief ist, aber Sie wollen ja nicht, dass es reinfällt.

Und genauso ist es hier. Es war ganz gezielt –

(Peter Ritter, DIE LINKE:
Der Neuigkeitwert in Ihren
Redebeiträgen hält sich in Grenzen.)

Klammer auf: vielleicht gut meinent – die Strategie, der Bevölkerung auch, sagen wir es mal so positiv, das Risiko so zu verdeutlichen, dass auch jeder mitmacht und dass die hohen Zustimmungszahlen, die natürlich hier im Laufe der Zeit etwas zurückgegangen sind, daher rühren, dass diese objektive Verängstigung erfolgt, denn niemand erfährt, wie das Risiko wirklich ist, sie erfahren ja nur, wie viel Prozent Tote, Sie sagen aber nicht, Corona ist schlimm, aber du mit deinen 40 Jahren, dein letales Risiko beträgt null Komma soundso viel Prozent. Sie sagen ja auch nicht, dass ..., es ist ja wie mit dem Glas Wasser im Grunde, Sie sagen also nur, wie viele sterben, Sie sagen aber nicht, 99,9 Prozent, bei denen geht das gut aus. Also die Art und Weise, wie informiert wird, ist objektiv Angst schürend – Klammer auf: gut meinent vielleicht, sie ist aber Angst schürend. Und daher kommt natürlich auch die hohe Bereitschaft.

Und, also nochmals, immer wieder entsteht hier der Eindruck, Sie haben alles richtig gemacht.

(Jeannine Rösler, DIE LINKE:
Bitte nicht noch mal!)

Also Herr Ritter hat ja ein Beispiel angeführt mit der Regelung, eine Person, also zwei Eltern können nicht ihr Kind besuchen, aber das kann die beiden Eltern besuchen. Wir hatten die Strandsperren, das ist nun wirklich das beste Beispiel, das auch richterlich aufgehoben wurde, wir haben die Strandsperren, an unseren einsamen Stränden durften Sie eine Zeit lang als Bürger dieses

Landes nicht am Wochenende spazieren gehen und eine Wanderung machen. Ja, man hat Fehler gemacht, das ist ja auch nicht schlimm, das ist ja eigentlich normal, aber dann soll man sich auch dazu bekennen.

Und dass die vulnerablen Gruppen nicht hinreichend geschützt worden sind, na das können Sie nun wirklich nicht bestreiten. Und das hat ja nun wirklich die Folgen, dass jetzt noch Menschen sterben, die, wenn man ein vernünftiges Konzept mit dieser Testung und so weiter durchgesetzt hätte, eben nicht sterben würden und gestorben wären. Allein nochmals der Fakt, dass nach wie vor die meisten Toten in den Heimen zu beklagen sind, spricht doch ganz eindeutig klare Bände.

So, und mit der Impfung, ja, also wer war das noch mal, ja, Herr Minister: Ich kann mir nicht vorstellen, ganz ehrlich, ich kann mir nicht vorstellen, dass Sie Ihren Enkelkindern oder wem auch immer sagen werden, die sollen sich impfen lassen. Also ein, wenn man es ja auch gut mit seinen Kindern meint, dann rät man doch nicht zu einem Risiko – und Risiko ist nun mal diese Impfung –, zu einem Risiko,

(Peter Ritter, DIE LINKE: Wenn
Sie das nicht machen, ist doch okay,
aber langweilen Sie uns nicht damit!)

was zum eigenen Schutz nicht notwendig ist.

Und dann habe ich vielleicht auch ein bisschen andere Erfahrungen, ich habe nämlich selbst erlebt, als die Contergan-Krise ausbrach. In meiner Verwandtschaft war da eine Frau schwanger, und keiner dachte, dass dieses Mittel, dieses Schlafmittel, dieses Beruhigungsmittel, irgendwelche Wirkungen haben könnte. Und genau zu der Zeit ist das passiert, wo viele Kinder zur Welt kamen mit diesen verstümmelten Ärmchen und so weiter. Und ich sage das nicht, um,

(Sebastian Ehlers, CDU:
Sehen Sie jetzt Parallelen, ja?)

ich hätte jetzt nichts gesagt, wenn Sie es nicht angesprochen hätten, aber wenn Sie so tun, dass schon das Ansprechen von Risiken beim Impfen sozusagen eine Maßnahme ist auf der Ebene von boshaften Impfleugnern, die das torpedieren – ist doch unglaublich! Davon kann doch gar keine Rede sein! Und als die Schweden gegen die Schweinegrippe impften, haben die auch nicht gedacht, dass einige hinterher die Schlafkrankheit haben.

Also nochmals, um es deutlich zu machen, ich habe für mich beschlossen, mich impfen zu lassen,

(Peter Ritter, DIE LINKE:
Das wissen wir ja nun schon lange.)

aber ich würde niemals einem Enkelkind empfehlen, sich impfen zu lassen, denn – sagen Sie, wenn es nicht stimmt – die Spätwirkungen, die bei jedem derartigen Impfmittel denkbar sind, die sind nicht erforscht und können auch nicht erforscht sein. Trotzdem gebe ich Ihnen persönlich recht, bei der Abwägung für meine Situation ist das Risiko, an Corona zu sterben, größer, zu erkranken größer, als irgendwelche nicht bekannten Spätwirkungen. Aber die Art der Diskussion, das wirklich zu verunglimpfen, dass es Bedenken gibt – und es gibt ja genug Wissenschaftler, die viel vehementer ihre Beden-

ken vortragen –, das ist nicht das, was ich unter einem sachlichen Diskurs verstehe.

(Minister Harry Glawe:
Na, einen Impfstoff gegen
Kinder gibts noch nicht.)

Vielen Dank!

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Vizepräsidentin Dr. Mignon Schwenke: Es hat noch einmal ums Wort gebeten der Minister für Inneres und Europa. Bitte schön, Herr Renz! Kleinen Moment! Es muss erst saubergemacht werden.

Minister Torsten Renz: Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die AfD hat das Thema Impfen aufgemacht. Es ging im Prinzip los, dass mehr oder weniger Herr Professor Weber dargestellt hat, aufgrund seiner persönlichen Erfahrungen der Mitarbeit in dieser entsprechenden Kommission, dass Sie der Öffentlichkeit im Prinzip signalisiert haben, es muss ein Zeitraum von bis zu zehn Jahren sein, um gegenüber, ...

(Zuruf von Dr. Ralph Weber, AfD)

Das ist aber die Botschaft, die Sie hier transportieren.

... um gegenüber der Bevölkerung einen sicheren Impfstoff anzubieten.

Und der zweite Redebeitrag von Herrn Förster zielt aus meiner Sicht immer wieder darauf ab, dass Sie hier die Bühne nutzen, um der Öffentlichkeit mitzuteilen,

(Peter Ritter, DIE LINKE: Pseudo-wissenschaftliche Positionen zu vertreten.)

dass wir möglichst die Leute nicht impfen sollen, indem Sie mit Ihren Beispielen kommen, indem Sie ganz konkret sagen, Sie können sich nicht vorstellen, dass der Einzelne von uns – zum Beispiel haben Sie Herrn Krüger angesprochen oder auch mich –, dass wir unserem Umfeld, unseren Kindern oder Enkelkindern, was auch immer, niemals empfehlen sollten, dass die sich impfen lassen.

Das sind klare politische Botschaften, und deswegen gebe ich eine klare politische Botschaft hier auch ab, nämlich auch für die Öffentlichkeit und auch für Sie, dass ich vollstes Vertrauen habe zu der Wissenschaft in Deutschland, zu den verantwortlichen Gremien, die verantwortungsvoll mit diesem Impfstoff umgehen und ihn erst freigeben, wenn die Sicherheit die ist, dass der Impfstoff dazu führt, dass unsere Bevölkerung geschützt wird.

(Zuruf von Horst Förster, AfD)

Und insofern werde ich mich impfen lassen, wenn ich an der Reihe bin, und ich kann Ihnen zu meinem persönlichen Umfeld sagen, dass aus meiner Elterngeneration sich alle impfen lassen wollen, und meine Kinder sind volljährig und entscheiden selbst. – Herzlichen Dank!

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD und CDU)

Vizepräsidentin Dr. Mignon Schwenke: Ums Wort gebeten hat noch einmal die Ministerpräsidentin. Bitte schön, Frau Schwesig! Auch einen Moment warten, ja!

Ministerpräsidentin Manuela Schwesig: Sehr geehrte Damen und Herren Ab...! Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Ich bin Herrn Renz sehr dankbar, dass er deutlich gemacht hat, dass mit diesen Reden der AfD versucht wird, wieder Unsicherheiten zu schüren und auch falsche Informationen zu verbreiten. Ich möchte Ihnen ganz klar sagen, vor allem den Bürgerinnen und Bürgern, das Impfen der Kinder steht gerade gar nicht an. Es ist nämlich so, ich habe es mir gerade noch mal ganz aktuell schicken lassen, keiner der drei Impfstoffe, die derzeit zugelassen sind oder in Zulassung sich befinden, ist für Kinder zugelassen. Damit hat niemand zurzeit den Impfstoff überhaupt für Kinder zugelassen und damit ist zurzeit auch gar nicht geplant, Kinder zu impfen.

Entsprechende Studien, ob die Impfstoffe für Kinder geeignet sind, sind gerade erst in den Vereinigten Staaten angelaufen. Und deshalb, sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete, bitte ich Sie und fordere ich Sie auf, hier keine Unsicherheiten in der Bevölkerung zu schüren. Wenn Impfstoffe gar nicht für Kinder zugelassen sind und wir gar nicht vorhaben, für Kinder diese Impfung zurzeit zu empfehlen, dann behaupten Sie so etwas nicht, dass wir es nicht zulassen sollten,

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD)

weil mit dieser perfiden Strategie schüren Sie Unsicherheit in der Bevölkerung.

Und die Menschen, die unsicher sind, ob es Corona-Virus überhaupt gibt, ob Masken überhaupt notwendig sind, ob Impfungen überhaupt notwendig sind, dass diese Menschen unsicher sind, daran tragen Sie Schuld, weil Sie so wie eben bei der Impfung für Kinder, die überhaupt gar nicht geplant ist, weil der Impfstoff gar nicht zugelassen ist und erst Studien erfolgen, so machen Sie es mit der Maske, mit dem Corona-Virus, so machen Sie es seit Monaten. Sie schüren Unsicherheiten, Sie verbreiten Fake News und sind schuld daran, dass sich Menschen deshalb nicht an die Maßnahmen halten und für sich selber und für die Gesellschaft ein Risiko eingehen. Dafür tragen Sie die Verantwortung, das haben Sie hier eindrücklich wieder bewiesen.

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD, CDU und DIE LINKE)

Vizepräsidentin Dr. Mignon Schwenke: Danke schön, Frau Ministerpräsidentin!

Noch mal ums Wort gebeten hat der Abgeordnete Förster.

(Unruhe vonseiten
der Fraktionen der SPD und CDU –
Peter Ritter, DIE LINKE: Jetzt erzählt er
noch mal, dass er sich impfen lassen
wird. Das wissen wir aber schon!)

Horst Förster, AfD: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren!

Frau Ministerpräsidentin! Ihre Empörung ist völlig ungebracht, dazu habe ich überhaupt keinen Anlass ge-

ben. Denn ich kann mich, ich weiß nicht mehr genau, wer es war, mit der Kinderimpfung, das kam dadurch, dass irgendwer davon gesprochen hatte, dass man auch Kinder impft. Das war ein Thema, das habe ich nicht aufgeworfen hier. Aber wir sind uns doch einig, wenn dieser Impfstoff noch nicht für Kinder erprobt ist – und ich glaube, es gibt noch weitere Gruppen, wo er nicht erprobt ist –, dann kommen die nicht in Betracht, und das ist auch völlig in Ordnung so und das sagt auch nichts zu der Wirkung im Übrigen. Aber Sie machen deutlich an dieser Stelle, dass dieser Impfstoff eben nicht so, ja, so total sicher und gesichert ist, wie man das sich wünscht.

Denn, auch Herr Renz, nochmals, ich habe ja nicht damit angefangen, mit dieser Impfproblematik. Sie haben davon angefangen,

(Peter Ritter, DIE LINKE: Jetzt machen wir hier den Sandkasten: Du hast angefangen, du hast angefangen! – Zuruf von Andreas Butzki, SPD)

indem Sie die Bedenken, die von manchen geäußert werden bei dem Thema Impfpflicht,

(Peter Ritter, DIE LINKE: Mein Gott!)

in die Schublade geworfen, in die Schublade gesteckt haben von unlauterer Impfverweigerung. Und da müssen wir uns ja nichts vormachen, der indirekte Impfpflicht ist ja schon recht groß. Also wenn ich höre, was Herr Spahn sagt, was er von den Pflegekräften erwartet und so weiter, dann ist das schon sehr heftig.

Und wenn Sie also sagen, dass also Sie da völlig vertrauen, ist das völlig in Ordnung. Ich habe ja gesagt, für mich habe ich auch keine Bedenken, weil ich es abwäge.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Ja, zum zehnten Mal!)

Aber das Ganze fing doch damit an, dass die – ich weiß nicht, wer es genau war, es waren ja mehrere zu dem Punkt – zum Punkt Impfen im Grunde ganz deutlich gemacht haben, dass schon die von Professor Weber, auch von Herrn Kramer angeführten Bedenken, die man hier und da haben darf, die wurden doch weggewischt. Die werden doch genauso weggewischt, wie wenn irgendwelche Wissenschaftler an Ihren Lockdowns zweifeln. Sie rücken doch keinen Zentimeter davon ab!

Und die Ministerpräsidentin, die sich hierherstellt und empört ist, für was wir alles verantwortlich sind, na ja, dann nehmen Sie doch mal ganz konkret Stellung dazu, wer dafür verantwortlich ist, dass zurzeit in den Heimen immer noch hier die meisten Todesfälle zu beklagen sind!

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Das wäre doch mal was ganz Konkretes, denn wir sind nicht in der Regierung, sondern Sie sind in der Regierung.

Und ich merke immer wieder, alle Bemühungen, mal einen sachlichen Diskurs zu führen, sind zum Scheitern verurteilt, weil man entweder an die sachlichen Argumente gar nicht herangeht, sich damit gar nicht auseinandersetzt, ist das nun Professor Weber oder wer auch

immer. Der hat sich ja ganz präzise mit einigen Punkten auseinandergesetzt. Da muss man jetzt nicht den Punkt rausgreifen, ob das mit den Geschäften eine besonders kluge Regelung ist. Nein, es geht um den grundsätzlichen Strategiewechsel, ob wir weiterhin ganz viele in Haft nehmen mit all den schon oft angesprochenen Folgen, gerade im Schulbereich, unabsehbaren Folgen – da werden Lebensläufe gebrochen, die vielleicht nicht mehr zu reparieren sind, das wissen Sie alle –, ob das der richtige Weg ist oder ob wir ganz gezielt uns den vulnerablen Gruppen zuwenden, wie Streeck, das ist doch kein Verrückter,

(Thomas Krüger, SPD: Aber das tun wir doch!)

wie Streeck und andere diesen Strategiewechsel fordern.

Und das sind, und da kann man ja dann auch punktuell an die einzelnen Gruppen rangehen, aber vor allem doch nochmals die Alten in Heimen, die nach wie vor am meisten gefährdet sind und wo – ich wiederhole es noch mal, wenn es denn sein muss –, wo wohl offensichtlich bisher doch einiges im Argen geblieben ist. Und es wäre schön, wenn wir dazu kämen – ohne diese auch subtilen Unterstellungen, wofür man dann, wenn man irgendwo anderer Meinung ist, dann ist man für diese Folgen alle verantwortlich –, es wäre doch schön, wenn hier wirklich mal erkennbar würde, dass man gemeinsam um die richtige Lösung ringt.

Und da ist wirklich meine Kontrollfrage, Herr Krüger, wenn die Ministerpräsidentin der Kanzlerin gefolgt wäre, Sie würden heute komplett das mit derselben Intensität befürworten,

(Thomas Krüger, SPD: Nehmen Sie doch mal zur Kenntnis, dass wir uns vorher abstimmen!)

da bin ich absolut sicher.

(Thomas Krüger, SPD: Das ist einfach so!)

Vielen Dank!

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Vizepräsidentin Dr. Mignon Schwenke: Ums Wort gebeten hat für die CDU-Fraktion der Abgeordnete Glawe.

Harry Glawe, CDU: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Impfen, Covid-19-Impfstoffe und wie ist das mit dem Impfen in den Heimen, dazu will ich zwei/drei Dinge sagen.

Erstens zur Entwicklung des Impfstoffes: Der Impfstoff hat eine Grundlage, die schon bei Corona 1 eine Rolle gespielt hat, also um das Jahr 2000/2001. Man hat also schon Erfahrungen mit den Vakzinen, um die es geht. Und deswegen konnte auch die Entwicklung des Impfstoffes, der jetzt nur zehn Monate von BioNTech von hochintelligenten Forschern entwickelt wurde, auch eine Notzulassung bekommen, weil die Erfahrungen der Wissenschaft schon da sind. Und ich bitte das mal auch endlich zu berücksichtigen, dass nicht das alles aus dem Boden gestampft ist, sondern dass die Grundlage schon 20 Jahre vorhanden ist und dass man jetzt natürlich bei

dem neuen Virus, der die Welt in eine Pandemie gestürzt hat, schnell helfen kann. Und das ist doch, denke ich, das eher, was man mal loben sollte und nicht kritisieren sollte. Das will ich auch an die AfD mal weitergeben.

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD und CDU)

Und das hilft ja tatsächlich gerade der Bevölkerung, die wir jetzt ja impfen können mit dem BioNTech-Impfstoff oder mit Moderna oder Janssen. Und Janssen steht vor der Zulassung, auch die Russen haben Sputnik jetzt bei der EU als Zulassung – also den Impfstoff, nicht den ersten Sputnik,

(Heiterkeit bei Peter Ritter, DIE LINKE:
Da gehst du ab wie eine Rakete dann!)

der 1958 oder 1957 durchs All geflogen ist – beantragt, sondern sie haben auch eine EU-Zulassung beantragt bei der EU. Das heißt, es kommen immer mehr Impfstoffe auf den Markt, die dazu führen werden – und das hat ja Kollege Spahn als Bundesminister vorausgesagt –, dass wir im Sommer die Bevölkerung durchgeimpft haben.

Und man kann jetzt auch der Landesregierung nicht vorwerfen, dass wir die falschen Prioritäten gesetzt haben. Wir haben zusammen in Abstimmung mit der Ständigen Impfkommission und mit dem RKI – auch wenn Sie das RKI nicht so mögen, aber es ist nun mal so, das Robert Koch-Institut hat einen hohen Stellenwert in Deutschland, den Empfehlungen ist das Land Mecklenburg-Vorpommern beigetreten –, wir haben angefangen, in den Heimen zu impfen. Wir haben über 400 Pflegeheime oder Wohnformen in Mecklenburg-Vorpommern, da, wo man davon ausgehen kann, dass die überwiegende Mehrzahl der Heimbewohner über 80 Jahre ist, das ist die erste Kohorte, die geimpft wird, und da sind wir massiv dabei. Und wir wollen das bis zum März durchgeimpft haben, um die 176.000 Bürgerinnen und Bürger, die über 80 Jahre sind, dann auch als Erste zu schützen.

Als zweite Geschichte, haben wir ganz klar gesagt, die Pflegekräfte, die Ärzte, die Impfteams, und wenn nötig auch, wenn jetzt bei BioNTech teilweise dann die sechste Impfung, also die man aus diesem Impfstoff ziehen kann, wird auch dann verimpft an Rettungssanitäter und andere, um den Impfstoff nicht verfallen zu lassen, um ihn nicht wegzuschmeißen. Ich will Ihnen auch mal einen Preis nennen. Zwei Impfungen kosten alleine vom Präparat her 33 Euro. Das wäre doch verdammt blöde, wenn man das in den Mülleimer schmeißt, sondern man soll es dann verimpfen.

Und ein Letztes will ich noch mal sagen, da will ich der Ministerpräsidentin absolut recht geben: Ich weiß nicht, wie man dazu kommt, eine Debatte zum Impfen von Kindern zu führen, obwohl es da gar keinen zugelassenen Impfstoff ...

(Unruhe bei Horst Förster, AfD)

Nee, ich will es allgemein sagen. Ich will Ihnen das gar nicht vorwerfen. Ich will nur sagen, so eine Debatte dürfen wir nicht führen, weil das fachlich völlig falsch ist. Also da bitte ich alle darum, nicht die Dinge zu vermerken.

Man hat natürlich bei Kinderlähmung, das ist ja immer das Beispiel, was den meisten Leuten im Kopf rumschwirrt, die süße Impfung, da gab es ja auf ein Stück Zucker dann den Impfstoff, und jeder, der in den 60er-Jahren gelebt hat oder jung war, der kriegte ja diese Impfung. Und das hat ja dazu geführt, dass ein Riesenleid von den Menschen ferngehalten worden ist, denn jeder weiß, Kinderlähmung führte zu massiven Behinderungen, Gehbehinderungen et cetera, weitere Ausfälle, das kennen Sie alles.

Also ich will nur sagen, wir sollten ein bisschen mit Augenmaß darangehen. Und die beste Methode, diese Pandemie, sprich Covid-19 als Viruserkrankung in den Griff zu kriegen, ist tatsächlich impfen, impfen, impfen. Das kann ich jedem nur empfehlen. Und auch wenn die AfD hier dagegenspricht, die große Mehrheit der Bevölkerung will geimpft werden, und seitdem der Impfstoff auf dem Markt ist, stellen wir auch fest, seit gut drei Wochen – da ging um, im Dezember ging die Impfbereitschaft zurück –, jetzt, wo man sieht, der Impfstoff hat keine großen Nebenwirkungen, sind immer mehr Menschen bereit, sich impfen zu lassen. Also von daher bin ich ganz optimistisch, dass wir die Durchimpfung der Bevölkerung zwischen 60 und 70 Prozent dann im Sommer erreicht haben, um dann auch eine Herdenimmunität in Deutschland zu erreichen und damit auch ein normales Leben wieder führen zu können.

Jetzt sollten wir aber auch die Gelassenheit uns lassen, einerseits tatsächlich die Masken zu tragen, zweitens auch die Maßnahmen, die wichtig sind, um die Inzidenzen zu drücken. Da geht es ja darum, Nachverfolgung ist das eine Thema, und das andere Thema ist natürlich auch, wir dürfen am Ende auch nicht die Wirtschaft zusammenbrechen lassen. Wir kennen die Probleme, die Einzelhändler, die Unternehmer, das verarbeitende Gewerbe, die Werften, all diese Themen sind doch Folgen der Auswirkungen einer weltweiten Pandemie. Das müssen Sie doch zumindest mal zugeben können, dass das der Auslöser ist und nichts anderes. Und von daher will ich Sie aufrufen, tatsächlich dafür zu sorgen, dass wir in dieser Frage weitestgehend eine Sprache sprechen, denn uns eint das Ziel, diese Pandemie, diesen Virus zurückzudrängen und das Leid von der Bevölkerung zu nehmen. Alles andere, glaube ich, wäre doch jetzt falsch definiert. – Vielen Dank!

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD und CDU)

Vizepräsidentin Dr. Mignon Schwenke: Danke, Herr Abgeordneter!

Für die SPD-Fraktion hat jetzt das Wort der Abgeordnete Barlen.

(Thomas de Jesus Fernandes, AfD:
Schade, das war gerade so
schön sachlich! –

Zuruf von Marc Reinhardt, CDU –
Heiterkeit vonseiten der Fraktion der CDU)

Julian Barlen, SPD: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich möchte anschließen an die sehr klaren Ausführungen unserer Ministerpräsidentin, was hier eigentlich seit zehn Monaten geschieht, wenn die AfD-Fraktion ans Rednerpult tritt. Es werden nämlich nicht vermeintlich zufällig Gedanken

oder irgendwo Argumente im Ringen um die Wahrheit oder um den besten Weg vorgetragen, sondern es wird gezielt eine Strategie der Desinformation und der Destabilisierung verfolgt. Wir kennen das aus den europäischen Ländern, wir kennen das aus den Vereinigten Staaten und es wiederholt sich. Die Redner wechseln, die Argumente wechseln, so, wie die Sockenpaare hoffentlich gewechselt werden, aber am Ende geht es um Desinformation und um Destabilisierung, und da sind wir heute wieder Zeuginnen und Zeugen von geworden mit den unterschiedlichen Protagonisten, mit Herrn Kramer, mit Professor Dr. Weber, mit Herrn Förster.

Ich möchte einige herausgreifen, Dinge, die hier angesprochen worden sind. Beispielsweise sprach Herr Förster davon, dass es Opfer gebe, die notwendigerweise hingenommen werden müssten. Das ist natürlich eine Chiffre für die Frage, die ja in der Bevölkerung auch diskutiert wird, handelt es sich eigentlich nur um vorgezogene Mortalität, das heißt an Corona – das ist so wie dieser Aspekt mit der Grippe –, da sterben Frauen und Männer, die eigentlich ohnehin in Kürze gestorben wären, und es wird ein wahnsinniger Aufwand betrieben, um das zu verhindern.

Meine Damen und Herren, ich möchte an dieser Stelle an eine Diskussion erinnern, die wir hier in diesem Hause sehr ausführlich geführt haben, nämlich bezogen auf eine ernst zu nehmende Studie der Uni in Glasgow, die herausgefunden hat, dass bis zu neun Jahre Lebenszeit, gerade von Risikogruppen, die nicht zu den Hochbetagten gehören, verloren werden, neun Jahre, die Menschen mit Vorerkrankungen gut gelebt hätten, weil der heutige Stand der medizinischen Wissenschaften dies ermöglicht. Und bei so vielen Lebensjahren im Grunde von „vorgezogener Mortalität“ und von „Opfern, die man notwendigerweise hinnehmen muss“ zu sprechen, das führt einfach in die Irre, weil es ein vermeintliches Argument liefert, warum die Maßnahmen nicht erforderlich sein könnten in dem Maße. Und wir sind an dieser Stelle anderer Meinung.

(Zuruf von Horst Förster, AfD)

Der Kollege Förster führt Zahlen, Meinungen, Statistiken von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern hier ins Feld,

(Zuruf von Horst Förster, AfD)

die vermeintlich negiert würden, die vermeintlich nicht gehört würden, die vermeintlich eine andere Schlussfolgerung zuließen. Ich möchte Ihnen angesichts der aktuellen Situation – die Ministerpräsidentin ist darauf eingegangen –, insbesondere in Ostdeutschland, in unseren Nachbarländern, wirklich einfach mal zurufen: Schauen Sie auf die Intensivstationen, schauen Sie in die Krematorien, wo sich die Särge stapeln, wo in Sachsen eine Koordinierungsstelle für Krematoriumsarbeit gestern eingerichtet worden ist! Diese Zahlen lügen nicht! Eine solche Situation haben wir angesichts einer normalen Influenzawelle noch nicht erlebt!

Herr Förster sprach davon, dass man nicht so sehr – der Fraktionsvorsitzende unserer SPD-Fraktion Thomas Krüger, wir haben uns gerade noch mal darüber unterhalten –, Herr Förster sprach davon, man solle sich nicht so auf Inzidenzen und auf solche statistischen Werte verlassen,

(Horst Förster, AfD: Nicht nur!)

wenn man Maßnahmen plant und durchsetzt, sondern mal wirklich eher das tatsächliche Leben anschauen, was denn wirklich passiert, wer denn erkrankt sei. Ja, aber dann tun Sie es bitte auch! Schauen Sie auf die Intensivstationen, nehmen Sie die erschöpften, die verzweifelten Berichte der Pflegerinnen und Pfleger und der Ärztinnen und Ärzte dort ernst und bedenken Sie bitte bei solchen, ich nenne das waghalsigen, man müsste sagen, verantwortungslosen Argumentationen bitte immer auch, dass natürlich die Erkrankten nachlaufen! Man misst eine Infektion, man misst eine Inzidenz. Das, was daraus tatsächlich an Erkrankten, an schwer Erkrankten, an lebensbedrohlich Erkrankten entsteht, das kann man erst viele, viele Tage, 10 bis 14 Tage später, entsprechend ablesen.

Herr Förster stand hier am Pult und sagte, Kritiker einer Impfpflicht, die würden mundtot gemacht oder man würde das nicht so sich anhören wollen. Was denn, die „Kritiker einer Impfpflicht“? Was soll so eine Aussage? In diesem Haus besteht Einigkeit, dass wir nicht für eine Impfpflicht sind. Wir sind gegen eine Impfpflicht. Also ich bitte Sie, an dieser Stelle muss man genau hinhören! Solche Argumente, Destabilisierung, Desinformation – es geht nicht um die Impfpflicht, und dementsprechend werden auch die Gegner der Impfpflicht nicht mundtot gemacht, sondern Sie haben hier eine ganze Hütte voll mit Gegnerinnen und Gegnern von der Impfpflicht –, solche Argumente sollen in die Irre leiten.

Sie sprechen in Ihrem Antrag unter Ziffer 2 wie so häufig – oder eigentlich fast in jeder Diskussion, so auch heute – von Stimmen renommierter Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, die außen vor gelassen worden seien. Sie können in Deutschland davon ausgehen – und das können Sie mit Blick in den Blätterwald, ins Internet, ins Fernsehen, in den Rundfunk auch immer wieder feststellen –, ich glaube, es gibt kein Land auf der Welt, wo so viele Meinungen, so viele Auffassungen wirklich Tag und Nacht in Gänze zur Aufführung kommen, gesendet werden, dementsprechend auch gehört werden, wie es in unserem Land der Fall ist. Und gleichzeitig haben wir Standards und auch Übereinkünfte hinsichtlich wissenschaftlicher Güte, und das Robert Koch-Institut besteht nicht aus zwei Personen, das besteht aus Hunderten Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern, die an dieser Positionierung arbeiten, kontrovers arbeiten, sich streiten und am Ende sich aber vereinigen auf eine wissenschaftliche Meinung und eine Empfehlung.

Und da müssen Sie einfach damit leben, Herr Förster, dass es dann am Ende auch so ist, dass bestimmte Meinungen einfach als nicht hilfreich, als falsch, als irreführend entsprechend eingeordnet werden.

(Zuruf von Dr. Gunter Jess, AfD)

Das hat nichts damit zu tun, dass diese Meinungen in Deutschland oder in Mecklenburg-Vorpommern nicht gehört würden. Sie werden gehört, wir hören den ganzen Tag nichts anderes, trotzdem setzt sich am Ende ein Weg der Vernunft und ein Weg der wissenschaftlichen Fundierung durch. Und das ist auch gut so.

Und dann sprechen Sie in Ihrem Antrag in Ziffer 1 davon, dass die täglich gemeldeten Neuinfektionen erfreulicherweise sinken seit dem letzten Plenum. Wir haben

hier am 7. Januar zusammengesessen. Am 10.01. gab es 14.000 Neuinfektionen,

(Unruhe bei Thomas de Jesus Fernandes, AfD)

am 11.01. gab es 11.000 Neuinfektionen, am 17.01. waren es ebenfalls 11.000, am 18.01. waren es 9.000 Neuinfektionen, weniger als 9.000, am 19.01. waren es 12.000, heute sind es 20.000. 20.000!

Sie sagen hier also, das sinkt alles, wir brauchen einen Strategiewechsel. Und da möchte ich wirklich eine Sache zu sagen: Ja, die Schutzmaßnahmen wirken, die großen Belastungen, die großen Anstrengungen, die die Frauen und Männer in unserem Land alle auf sich nehmen, die zeigen eine Wirkung, indem die Inzidenz sinkt, indem es ein bisschen Entlastung in den Krankenhäusern gibt, aber wir sind nicht über den Berg. Und deshalb macht es doch an dieser Stelle überhaupt keinen Sinn, einen Strategiewechsel einzufordern und im Grunde, wenn man – um noch mal auf das Beispiel zu kommen – mit dem Fahrzeug, wo man die Geschwindigkeit bremsen möchte, weil man auf eine Mauer hinzufährt, sieht, ah ja, ich trete auf die Bremse, die Geschwindigkeit sinkt, dann kann ich ja den Fuß abrupt von der Bremse nehmen. Das ist etwas, was wir nicht mitmachen.

Und auch Ihr Vorschlag zu den besonders schützenswerten Gruppen, nämlich zu sagen, ich nehme hier den Fuß von der Bremse, aber mein Beifahrer, dem setze ich noch einen Helm auf, so was unterstützen wir nicht. Wir haben es gehört von der Ministerpräsidentin, die hat sinngemäß gesagt, alle Menschen in diesem Land können darauf vertrauen, dass wir alles dafür tun werden, die Gesundheit zu schützen, dass wir alles dafür tun werden, die Unternehmen und die Arbeitsplätze zu erhalten und vor allen Dingen auch den sozialen Zusammenhalt in dieser schweren Zeit zu stärken. Und genauso ist das.

Ich erlaube mir hinzuzufügen, und genauso können sich alle Menschen darauf verlassen, dass wir all jenen hier auch im Landtag die Stirn bieten werden, die Rücksichtslosigkeit und die Verantwortungslosigkeit zum politischen Prinzip machen wollen, und damit meine ich ganz explizit Sie, meine Herren von der AfD. – Herzlichen Dank!

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD und CDU)

Vizepräsidentin Dr. Mignon Schwenke: Danke, Herr Abgeordneter!

Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Echt?)

Ich schließe die Aussprache.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Das ist aber schwach, Herr Förster! Ich habe gedacht, dass Sie noch mal rangehen.)

Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag der Fraktion DIE LINKE auf Drucksache 7/5760. Wer dem Antrag zustimmen wünscht, den bitte ich jetzt um ein Handzeichen. – Danke schön! Gegenprobe. – Stimmenthaltungen? – Damit ist der Antrag der Fraktion DIE LINKE auf Drucksache 7/5760 bei Zustimmung durch die Fraktion DIE LINKE, ansonsten Gegenstimmen abgelehnt.

Ich lasse nun über den Antrag der Fraktionen der SPD und CDU auf Drucksache 7/5761 abstimmen. Wer dem zustimmen wünscht, den bitte ich jetzt um ein Handzeichen. – Danke schön! Gegenprobe. – Danke schön! Stimmenthaltungen? – Damit ist der Antrag der Fraktionen der SPD und CDU auf Drucksache 7/5761 bei Zustimmung durch die Fraktionen von SPD, CDU, DIE LINKE und der fraktionslosen Abgeordneten, Gegenstimmen der Fraktion der AfD und des fraktionslosen Abgeordneten angenommen.

Wir kommen jetzt zur Abstimmung über den Antrag der Fraktion der AfD auf Drucksache 7/5762. Wer dem zustimmen wünscht, den bitte ich jetzt um ein Handzeichen. – Danke schön! Gegenprobe. – Stimmenthaltungen? – Damit ist der Antrag der Fraktion der AfD auf Drucksache 7/5762 bei Zustimmung durch die Fraktion der AfD und den fraktionslosen Abgeordneten, ansonsten Gegenstimmen abgelehnt.

Meine Damen und Herren, wir sind damit am Schluss der heutigen Tagesordnung. Ich berufe die nächste Sitzung des Landtages für Mittwoch, den 27. Januar 2021, 10.00 Uhr ein. Die Sitzung ist geschlossen.

Schluss: 14.17 Uhr

Es fehlten die Abgeordneten Patrick Dahlemann, Stefanie Drese, Dirk Friedriszik, Jörg Heydorn, Karen Larisch, Daniel Peters und Bernhard Wildt.